



Beschluss-Protokoll

der 34. bis 36. Sitzung, Amtsjahr 2021-2022

Mittwoch, den 27. Oktober 2021, um 09:00 Uhr, 15:00 Uhr und 20:00 Uhr

Vorsitz: *David Jenny, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Tamara La Scalea, II. Ratssekretärin

Abwesende:

27. Oktober 2021, 09:00 Uhr
34. Sitzung *Lisa Mathys (SP); Beat Braun (FDP), Salome Bessenich (SP), Beda Baumgartner (SP); Tobias Christ (GLP)*

27. Oktober 2021, 15:00 Uhr
35. Sitzung *Beat Braun (FDP), Salome Bessenich (SP), Beda Baumgartner (SP); Tobias Christ (GLP), Raoul I. Furlano (LDP)*

27. Oktober 2021, 20:00 Uhr
36. Sitzung *Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/CVP); Michela Seggiani (SP); Beat Braun (FDP), Salome Bessenich (SP), Beda Baumgartner (SP); Raoul I. Furlano (LDP)*

Verhandlungsgegenstände:

Mitteilungen	3
23. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend Neukonzeption Regionales Wildtiermanagement und Wildtier- und Jagdgesetz (WJG) Mit dem Antrag auf Terminierung am 27. Oktober 2021, 09.00 Uhr	3
17. Bericht der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zur Information des Regierungsrates über die Rechnung 2020. Partnerschaftliches Geschäft	8
18. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2022–2025 Partnerschaftliches Geschäft und zur Beantwortung des Anzugs Jürg Stöcklin und Consorten betreffend Schaffung eines «Förderfonds für Exzellenz und die ausserordentliche Finanzierung von Professuren an der Universität Basel» sowie zum Ratschlag betreffend Teilrevision des Vertrags zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel vom 27. Juni 2006 Partnerschaftliches Geschäft	8
19. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Ausbau und Weiterentwicklung der Tagesstrukturen auf Primarstufe (Kindergarten und Primarschule) und Sekundarstufe I sowie Stellungnahme zu fünf Anzügen	10
Mitteilungen	11
20. Kantonale Volksinitiative «Gratis ÖV für Kinder und Jugendliche». Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Verfahren	13
21. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Projekts «Digitale Bewilligungsverfahren im Bau- und Verkehrsdepartement (dBV)»	14
22. Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung zur Einrichtung eines weiteren Grabfeldes in	14

	der Gemeinschaftsgrabanlage auf dem Friedhof am Hörnli	
24.	Konsolidierte Rechnung für das Jahr 2020	15
25.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P419 "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag"	Fe hle r! Te xt ma rke nic ht def ini ert.
26.	Bericht der Petitionskommission zu den Petitionen P428 "Bettelverbot im Kanton Basel-Stadt", P430 "Kein Betteln mit Tieren auf Basels Strassen" und P435 "Eine gemeinsame Haltung zu Bettlern in Basel-Stadt"	16
27.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P433 "Für eine sinnvolle, nachhaltige Schulraumnutzung und Schulraumplanung im Niederholzquartier"	17
28.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P436 "Gegen die geplanten Baumfällungen in der mittleren Allee Margarethenstrasse"	18
29.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P436 "Gegen die geplanten Baumfällungen in der mittleren Allee Margarethenstrasse"	18
31.	Antrag Johannes Sieber und Annina von Falkenstein auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Verbot von Konversionstherapien in der Schweiz	19
33.	Motionen 1 bis 5	20
33.	2. Motion Laurin Hoppler und Konsorten quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen	21
34.	Anzüge 1 bis 28	22
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	26
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	51
	Anhang C: Neue Vorstösse	57

Beginn der 34. Sitzung

Mittwoch, 27. Oktober 2021, 09:00 Uhr

Mitteilungen

[27.10.21 09:00:03, MGT]

David Jenny, Grossratspräsident:

Unsere heutige Sitzung

Aufgrund der Corona-Zertifikatspflicht wird die heutige Sitzung wieder fast normal stattfinden. Wenn Sie mit einem Zertifikat Zugang erhalten haben, können Sie sich frei bewegen und auch ins Vorzimmer und Käffeli gehen. Ohne Zertifikat müssen Sie jederzeit die Maske tragen und Sie dürfen sich lediglich im Grossratssaal aufhalten.

Die Sitzordnung ist frei und sie sollen weiterhin möglichst grosse Abstände einhalten, dafür können Sie wiederum auch die Medientribüne verwenden.

Das Grossratskäffeli

Ich freue mich sehr, dass wir heute das Grossratskäffeli wieder öffnen konnten. Die Gerantin Margrit Rünzi konnte das letzte Mal im März 2020 hier Kaffee ausschenken und wir freuen uns sehr, dass sie nun wieder hier ist.

Kaffeespende heute Morgen

Wie angekündigt werden heute Morgen Salome Bessenich und Stefan Wittlin den Kaffee spendieren. Im Namen des Grossen Rates bedanke ich mich bei Ihnen ganz herzlich.

[Applaus]

Mässmogge

Vor einer Woche haben Sie darüber abgestimmt, ob Sie einen Mässmogge auf Ihrem Tisch möchten. Sie haben Ja gestimmt und entsprechend habe ich Ihren Auftrag erfüllt.

[Applaus]

Jassturnier

Tim Cuénod organisiert am 10. November das parlamentarische Jassturnier. Falls Sie sich noch nicht angemeldet haben und gerne teilnehmen möchten, können Sie dies bei Tim Cuénod nachholen.

Neue Vorstösse

Neue Vorstösse, welche heute bis 12:00 Uhr dem Ratssekretariat abgegeben werden, werden im Geschäftsverzeichnis November abgedruckt und im Dezember traktandiert. Bei späteren Abgaben ist dies leider nicht mehr möglich.

23. Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend Neukonzeption Regionales Wildtiermanagement und Wildtier- und Jagdgesetz (WJG) Mit dem Antrag auf Terminierung am 27. Oktober 2021, 09.00 Uhr

[27.10.21 09:04:31, JSSK, JSD, 20.0935.02, BER]

Die Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *Danielle Kaufmann, Präsidentin JSSK; RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD; Jeremy Stephenson (LDP)*

Michelle Lachenmeier (GAB): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Mahir Kabakci (SP); Felix Wehrli (SVP); Daniel Albietz (die Mitte/EVP); Claudia Baumgartner (GLP); Andreas Zappalà (FDP); Beat Leuthardt (GAB); RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD; Danielle Kaufmann, Präsidentin JSSK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend auf das Geschäft einzutreten.

Abstimmung

über die Rückweisung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 70 Nein, 3 Enthaltungen. *[Abstimmung # 31, 27.10.21 10:04:38]*

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Allgemeines

§ 1 Zweck und Gegenstand

Abs. 1 lit. a – e

Abs. 2

§ 2 Zusammenarbeit

Abs. 1

2. Organisation

§ 3 Fachstelle

Abs. 1 – 3

§ 4 Wildtierbeauftragte oder Wildtierbeauftragter

Abs. 1 – 3

§ 5 Jagdaufsicht

Abs. 1 – 4

3. Artenschutz und Lebensräume

3.1 Artenschutz

§ 6 Grundsätze

Abs. 1 – 3

§ 7 Fütterung von wildlebenden Tieren

Abs. 1 – 2

§ 8 Leinenpflicht

Abs. 1 – 3

Hier liegt ein Änderungsantrag von Beat Leuthardt vor. Er beantragt §8 zu streichen.

Voten: *Beat Leuthardt (GAB)*

Abstimmung

JA heisst Zustimmung zum Änderungsantrag, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

3 Ja, 86 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 32, 27.10.21 10:10:53*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Änderungsantrag abzulehnen.

Detailberatung

§ 9 Fallwild

Abs. 1

§ 10 Einfangen und Halten von wildlebenden Tieren

Abs. 1 – 3

3 Das Einfangen von wildlebenden Tieren darf nicht gewerbsmässig erfolgen.

3.2 Lebensräume

§ 11 Wildräume

Abs. 1 – 2

§ 12 Wildruhegebiete

Abs. 1 – 3

§ 13 Wildschutzgebiete

Abs. 1 – 2

§ 14 Wildtierkorridore

Abs. 1 – 3

§ 15 Schutzmassnahmen der Einwohnergemeinden

Abs. 1

4. Jagd

4.1 Jagdregal und Revierjagd

§ 16 Jagdregal

Abs. 1 – 2

§ 17 Revierjagd

Abs. 1 – 5

4.2 Pacht

§ 18 Pachtvertrag

Abs. 1 – 2

Abs. 3 lit. a) – d)

Abs. 4

§ 19 Auflösung und Kündigung

Abs. 1

Abs. 2 lit a) – c)

Abs. 3

§ 20 Jagdgesellschaft

Abs. 1 – 2

4.3 Jagdberechtigung

§ 21 Jagdpass

Abs. 1

Abs. 2 lit a) – e)

Abs. 3 – 5

§ 22 Ausschluss von der Jagd

Abs. 1 lit a) – b)

Abs. 2 lit a) – c)

Abs. 3 – 5

§ 23 Jagdprüfung

Abs. 1 – 2

§ 24 Jagdgäste

Abs. 1 – 2

§ 25 Begehungskarten

Abs. 1 – 4

4.4 Ausübung der Jagd

§ 26 Zielvereinbarung

Abs. 1 lit a) – f)

Abs. 2

§ 27 Hege

Abs. 1 – 3

§ 28 Waidgerechtigkeit

Abs. 1 – 2

§ 29 Jagdwaffen, Munition und jagdliche Hilfsmittel

Abs. 1

§ 30 Jagdhundehaltung

Abs. 1 – 2

Abs. 3 lit. a) – f)

§ 31 Bewegungsjagd

Abs. 1 – 2

§ 32 Aneignungsrecht

Abs. 1 – 3

§ 33 Kantonale Unterstützung

Abs. 1

§ 34 Beschränkung der Jagd

Abs. 1 -2

5. Wildschaden

§ 35 Verhütung von Wildschaden

Abs. 1

§ 36 Beiträge an Massnahmen zur Wildschadenverhütung

Abs. 1 – 3

§ 37 Selbsthilfemassnahmen

Abs. 1

§ 38 Grundsätze der Entschädigung von Wildschaden

Abs. 1 – 4

Abs. 5 lit a) – i)

Abs. 6 – 7

6. Rechtsmittel und Widerhandlungen

§ 39 Rekurs

Abs. 1 – 2

§ 40 Strafbestimmungen

Abs. 1

§ 41 Strafverfolgung

Abs. 1 – 2

§ 42 Fehlabschüsse

Abs. 1 – 3

II. Änderung anderer Erlasse EG ZGB

§ 174 Aufgehoben.

§ 211 Aufgehoben.

III. Aufhebung anderer Erlasse

IV. Schlussbestimmung

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

71 Ja, 18 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 33, 27.10.21 10:16:03]

Der Grosse Rat beschliesst

dem Wildtier- und Jagdgesetz (WJG) zuzustimmen.

Das Gesetz ist im Kantonsblatt vom 30. Oktober 2021 publiziert.

17. Bericht der IGPK Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zur Information des Regierungsrates über die Rechnung 2020. Partnerschaftliches Geschäft

[27.10.21 10:17:28, IGPK]

Die IGPK Universität beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Der Landrat hat diesem Geschäft am 21. Oktober zugestimmt.

Voten: *Catherine Alioth, Präsidentin der IGPK Universität; RR Conradin Cramer, Vorsteher ED; Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB); Barbara Heer (SP); Catherine Alioth, Präsidentin der IGPK Universität*

Der Grosse Rat tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Titel und Ingress

Absatz 1

Absatz 2

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 34, 27.10.21 10:43:46]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Bericht 2020 zum Leistungsauftrag der Universität Basel wird gemäss § 19 lit. b des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag) vom 27. Juni 2006 zur Kenntnis genommen.

2. Dieser Beschluss gilt unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Partnerkanton.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

18 Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2022–2025 Partnerschaftliches Geschäft und zur Beantwortung des Anzugs Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Schaffung eines «Förderfonds für Exzellenz und die ausserordentliche Finanzierung von Professuren an der Universität Basel» sowie zum Ratschlag betreffend Teilrevision des Vertrags zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel vom 27. Juni 2006 Partnerschaftliches Geschäft

[27.10.21 10:45:13, BKK, ED, 20.1189.02 20.1675.02 18.5030.04, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 684'827'611 zu bewilligen sowie der Teilrevision des Universitätsvertrages zuzustimmen.

Der Landrat hat beiden Geschäften am 21. Oktober 2021 zugestimmt.

Voten: *Catherine Alioth Vizepräsidentin der BKK; RR Conradin Cramer, Vorsteher ED; Joël Thüring (SVP); Claudio Miozzari (SP); Beat von Wartburg (LDP); Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB); Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Luca Urgese (FDP); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED; Catherine Alioth Vizepräsidentin der BKK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft einzutreten.

Detailberatung

Grossratsbeschluss 1

Titel und Ingress

1. Genehmigung Leistungsauftrag
2. Jahrestanchen des Trägerbeitrags
3. Zuständigkeit RR über Aufteilung Restdefizit
4. Kenntnissnahme bikantonale Eigentümerstrategie
5. Vorbehalte

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

90 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 35, 27.10.21 11:39:51]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Der Leistungsauftrag der Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt an die Universität Basel für die Jahre 2022–2025 mit einem bikantonalen Globalbeitrag von Fr. 1'354'900'000 wird genehmigt.

2. Für den Trägerbeitrag des Kantons Basel-Stadt an die Universität Basel für die Leistungsauftragsperiode 2022–2025 wird eine Ausgabe von Fr. 684'827'611 bewilligt mit folgenden Jahrestanchen:

2022: Fr. 169'264'558;

2023: Fr. 170'203'816;

2024: Fr. 172'152'260;

2025: Fr. 173'206'977.

3. Der Grosse Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Jahrestanchen für die Jahre 2023–2025 aufgrund einer aktuellen Prognose der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der beiden Trägerkantone ermittelt worden sind und im Rahmen der Aufteilung des verbleibenden Restdefizits gemäss § 33 Abs. 3 des teilrevidierten Universitätsvertrags höher oder tiefer ausfallen können sowie dass der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt zusammen mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft gemäss § 21 des teilrevidierten Universitätsvertrags für den Beschluss über die Aufteilung des verbleibenden Restdefizits zuständig ist.

4. Der Grosse Rat nimmt die bikantonale Eigentümerstrategie 2022–2025 zur Kenntnis.

5. Die Beschlüsse unter Ziff. 1 und 2 stehen unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Landrats des Kantons Basel-Landschaft; die Beschlüsse unter Ziff. 2 und 3 zudem unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens des teilrevidierten Universitätsvertrags per 1. Januar 2022.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Detailberatung

Grossratsbeschluss 2

Titel und Ingress

1. Genehmigung

2. Vorbehalt

Publikationsklausel

David Jenny, Grossratspräsident: Der Grossratsbeschluss unterliegt dem Referendum. Das wird im Beschluss ergänzt.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 36, 27.10.21 11:41:06]

Der Grosse Rat beschliesst

1. Die Teilrevision des Vertrags zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität (Universitätsvertrag) wird genehmigt.

2. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrats des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, den Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Schaffung eines «Förderfonds für Exzellenz und die ausserordentliche Finanzierung von Professuren an der Universität Basel» als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend den Anzug Jürg Stöcklin und Konsorten als erledigt abzuschreiben.

19. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Ausbau und Weiterentwicklung der Tagesstrukturen auf Primarstufe (Kindergarten und Primarschule) und Sekundarstufe I sowie Stellungnahme zu fünf Anzügen

[27.10.21 11:42:42, BKK, ED, 21.0064.02 14.5563.05 18.5206.03 18.5112.03 18.5243.03 18.5390.04, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt 74,1 Millionen Franken zu bewilligen.

Voten: *Franziska Roth, Präsidentin BKK*

Schluss der 34. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 35. Sitzung

Mittwoch, 27. Oktober 2021, 15:00 Uhr

Mitteilungen

[27.10.21 15:00:31, MGT]

Rechtsfälle

Der bisherige Schriftenverkehr im Zusammenhang mit dem Rekurs gegen den Grossratsbeschluss vom 14. April 2021 betreffend «Hochhaus Heuwaage» sowie die Rekursbegründung gegen den Grossratsbeschluss vom 19. Mai 2021 betreffend «Lärmempfindlichkeitsstufenplan Innenstadt» liegen auf dem Tisch des Hauses zur Einsicht auf.

19. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Ausbau und Weiterentwicklung der Tagesstrukturen auf Primarstufe (Kindergarten und Primarschule) und Sekundarstufe I sowie Stellungnahme zu fünf Anzügen (Fortsetzung)

Voten: *RR Conradin Cramer, Vorsteher ED; Sandra Bothe (GLP); Jenny Schweizer (SVP)*

Sasha Mazzotti (SP): beantragt, den Anzug Edibe Gölgele stehen zu lassen.

Voten: *Brigitte Gysin (die Mitte/EVP); Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB); Catherine Alioth (LDP); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED*

Zwischenfrage

Voten: *Sasha Mazzotti (SP); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED*

Voten: *Franziska Roth, Präsidentin BKK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft einzutreten.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses

Titel und Ingress

1. 45'750'000 Franken als Rahmenausgabenbewilligung
2. 7'250'000 Franken als Rahmenausgabenbewilligung
3. 1'900'000 Franken einmalige Ausgaben für Provisorien, Mieten und Umzüge
4. 19'200'000 Franken (brutto) jährliche Folgekosten für den Betrieb

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

91 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 37, 27.10.21 15:52:14]

Der Grosse Rat beschliesst

für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Tagesstrukturen auf Primarstufe (Kindergarten und Primarschule) und Sekundarstufe I insgesamt 74'100'000 Franken zu bewilligen. Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

1. 45'750'000 Franken als Rahmenausgabenbewilligung für Baumassnahmen beim weiteren Ausbau der Tagesstrukturen zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4 «Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung», Finanzdepartement, Immobilien Basel-Stadt:

- Davon Baukosten: 44'050'000 Franken (Baupreisindex Nordwestschweiz, Stand Oktober 2020: 98.2 (Basis Oktober 2015 = 100).

- Davon Personalkosten: 1'700'000 Franken.

2. 7'250'000 Franken als Rahmenausgabenbewilligung für Betriebseinrichtungen beim weiteren Ausbau der Tagesstrukturen zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 6 «Bildung», Erziehungsdepartement:

- Davon Betriebseinrichtungen: 5'550'000 Franken (Baupreisindex Nordwestschweiz, Stand Oktober 2020: 98.2 (Basis Oktober 2015 = 100).

- Davon Personalkosten: 1'700'000 Franken.

3. 1'900'000 Franken einmalige Ausgaben für Provisorien, Mieten und Umzüge beim weiteren Ausbau der Tagesstrukturen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements, Zentrale Dienste.

4. 19'200'000 Franken (brutto) jährliche Folgekosten für den Betrieb der neu geschaffenen Tagesstrukturplätze zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements, Dienststelle Volksschulen.

Über die Verwendung der Mittel aus den beiden Rahmenausgabenbewilligungen berichtet der Regierungsrat dem Grossen Rat nach erfolgter Realisierung der Hälfte der vorgesehenen zusätzlichen Tagesstrukturplätze.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Die Bildungs- und Kulturkommission beantragt, die Anzüge

- Erich Bucher und Konsorten betreffend «effektive und kosteneffiziente Tagesstrukturen»

- Kaspar Sutter und Konsorten betreffend «flächendeckendes Angebot an Tagesstrukturen»

- Claudio Miozzari und Konsorten betreffend «Anpassung Richtgrösse Tagesstrukturen»

- Katja Christ und Konsorten betreffend «Reduktion der Mindestbelegung bei Angeboten der familienergänzenden Tagesbetreuung»

- Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend «Einführung Tagesschulen»

als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend die Anzüge

- Erich Bucher und Konsorten betreffend «effektive und kosteneffiziente Tagesstrukturen»

- Kaspar Sutter und Konsorten betreffend «flächendeckendes Angebot an Tagesstrukturen»

- Claudio Miozzari und Konsorten betreffend «Anpassung Richtgrösse Tagesstrukturen»

- Katja Christ und Konsorten betreffend «Reduktion der Mindestbelegung bei Angeboten der familienergänzenden Tagesbetreuung»

als erledigt abzuschreiben.

Sasha Mazzotti beantragt den Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten stehen zu lassen.

Voten: *Edibe Gölgeli (SP)*

Abstimmung

über den Anzug Edibe Gölgeli

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 38, 27.10.21 15:57:04*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug Edibe Gölgeli stehen zu lassen.

20. Kantonale Volksinitiative «Gratis ÖV für Kinder und Jugendliche». Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Verfahren

[27.10.21 15:58:07, BVD, 21.0828.01, RZI]

Der Regierungsrat beantragt, die Initiative "Gratis ÖV für Kinder und Jugendliche" als rechtlich zulässig zu erklären. Zudem beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zu übertragen.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Abstimmung

zur rechtlichen Zulässigkeit.

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

81 Ja, 1 Nein. [*Abstimmung # 39, 27.10.21 15:59:09*]

Der Grosse Rat beschliesst

Die mit 3'522 Unterschriften zustande gekommene unformulierte kantonale Volksinitiative "Gratis-ÖV für Kinder und Jugendliche" wird für rechtlich zulässig erklärt.

Dieser Beschluss kann beim Verfassungsgericht durch Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Veröffentlichung im Kantonsblatt schriftlich beim Verfassungsgericht anzumelden. Innert 30 Tagen vom gleichen Zeitpunkt an gerechnet, ist die schriftliche Begründung einzureichen, welche die Anträge, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel und eine kurze Rechtserörterung zu enthalten hat.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, ihm die Berichterstattung zur Volksinitiative zu übertragen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Volksinitiative gemäss § 18 Abs. 3 lit. b. IRG dem Regierungsrat zur Berichterstattung innert sechs Monaten zu überweisen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

21. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Projekts «Digitale Bewilligungsverfahren im Bau- und Verkehrsdepartement (dBV)»

[27.10.21 16:00:00, BRK, BVD, 21.0468.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission beantragt, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'137'000 zu bewilligen.

Voten: *Jeremy Stephenson, Präsident der BRK; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD; Tonja Zürcher (GAB); Stephan Wittlin (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft einzutreten.

Detailberatung

Einzigster Absatz

Alinea 1 - 3

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 40, 27.10.21 16:11:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Für das Projekt "Digitale Bewilligungsverfahren im Bau- und Verkehrsdepartement (dBV)" werden neue Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'137'000 bewilligt. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

- Fr. 1'777'000 neue Ausgaben zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich Informatik.
- Fr. 260'000 neue Ausgaben zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Grundbuch- und Vermessungsamt.
- Fr. 100'000 als wiederkehrende neue Ausgaben für den laufenden Betrieb und Unterhalt zulasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Grundbuch- und Vermessungsamt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

22. Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung zur Einrichtung eines weiteren Grabfeldes in der Gemeinschaftsgrabanlage auf dem Friedhof am Hörnli

[27.10.21 16:12:33, BRK, BVD, 21.0652.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission beantragen, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 465'000 zu bewilligen.

Voten: *Jeremy Stephenson, Präsident der BRK; RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 41, 27.10.21 16:17:09]

Der Grosse Rat beschliesst

Für die Erstellung einer zentralen Grabtafel in der Abteilung 9/XV auf dem Friedhof am Hörnli wird ein Betrag von Fr. 465'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 8 "Übrige", Bau- und Verkehrsdepartement, Stadtgärtnerei, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

24. Konsolidierte Rechnung für das Jahr 2020

[27.10.21 16:17:26, FKom, FD, 21.5665.01, SCH]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission beantragen, die konsolidierte Rechnung 2020 zu genehmigen.
Die Beschlussvorlage wurden Ihnen verteilt.

Voten: *Stefan Suter, Präsident FKom; RR Tanja Soland, Vorsteherin FD*

Detailberatung

gemäss Tischvorlage

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 42, 27.10.21 16:22:36]

Der Grosse Rat beschliesst

Die konsolidierte Jahresrechnung 2020 des Kantons Basel-Stadt wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

25. Bericht der Petitionskommission zur Petition P401 "Erhöhung der Sozialhilfe im Kanton Basel-Stadt"

[27.10.21 16:23:10, PetKo, 20.5278.03, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären.

Voten: *Anina von Falkenstein (LDP); Fleur Weibel (GAB)*

Der Grosse Rat beschliesst

Die Petition stillschweigend als erledigt zu erklären.

Die Petition ist erledigt.

26. Bericht der Petitionskommission zur Petition P419 "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag"

[27.10.21 16:31:56, PetKo, 21.5023.02 21.5249.02 21.5523.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines halben Jahres zu überweisen.

Voten: *Karin Sartorius, Präsidentin PetKo*

Tonja Zürcher (GAB): beantragt zur abschliessenden Behandlung dem Regierungsrat zu überweisen.

Luca Urgese (FDP): beantragt die Petition als erledigt zu erklären

Voten: *Jessica Brandenburger (SP); Eric Weber (fraktionslos): beantragt Rückweisung*

Voten: *Joël Thüring (SVP)*

Abstimmung

Rückweisung

JA heisst Rückweisung an die Kommission, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 86 Nein. [Abstimmung # 43, 27.10.21 16:50:20]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Abstimmung

JA heisst die Petition als erledigt erklären, NEIN heisst die Petition an den RR zur Stellungnahme an den Regierungsrat innert 6 Monaten überweisen.

Ergebnis der Abstimmung

38 Ja, 52 Nein. [Abstimmung # 44, 27.10.21 16:51:16]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition zur Stellungnahme innert sechs Monaten an dem Regierungsrat zu überweisen.

27. Bericht der Petitionskommission zu den Petitionen P428 "Bettelverbot im Kanton Basel-Stadt", P430 "Kein Betteln mit Tieren auf Basels Strassen" und P435 "Eine gemeinsame Haltung zu Bettlern in Basel-Stadt" [27.10.21 16:52:21, PetKo, 21.5434.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petitionen als erledigt zu erklären.

Voten: *Bülent Pekermann (Sprecher der Petitionskommission); Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Pascal Pfister (SP); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *David Wüest-Rudin (GLP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petitionen als erledigt zu erklären.

28 Bericht der Petitionskommission zur Petition P433 “Für eine sinnvolle, nachhaltige Schulraumnutzung im Niederholzquartier”

[27.10.21 17:06:15, PetKo, 21.5524.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines halben Jahres zu überweisen.

Voten: *Andrea Strahm, Referentin der PetKo*

Andreas Zappalà (FDP): beantragt die Petition abzuschreiben.

Voten: *Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP); Edibe Gölgeli (SP)*

Abstimmung

JA heisst die Petition als erledigt erklären, NEIN heisst die Petition zur Stellungnahme an den RR innert eines halben Jahres überweisen.

Ergebnis der Abstimmung

8 Ja, 73 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 45, 27.10.21 17:22:53]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert eines halben Jahres zu überweisen.

29. Bericht der Petitionskommission zur Petition P436 “Gegen die geplanten Baumfällungen in der mittleren Allee Margarethenstrasse”

[27.10.21 17:23:34, PetKo, 21.5524.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition an den Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

Voten: *Annina von Falkenstein, Referentin der PetKo*

Erich Bucher (FDP): beantragt die Petition als erledigt zu erklären.

Voten: *Pascal Messerli (SVP)*; *Jean-Luc Perret (SP)*; *Laurin Hoppler (GAB)*; *Beatrice Isler (die Mitte/EVP)*; *Beat Leuthardt (GAB)*; *RR Esther Keller, Vorsteherin BVD*; *Annina von Falkenstein, Referentin der PetKo*

Abstimmung

JA heisst erledigt erklären, NEIN heisst an den RR zur Stellungnahme innert drei Monaten.

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 69 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 46, 27.10.21 17:47:25*]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

31 Antrag Johannes Sieber und Annina von Falkenstein auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Verbot von Konversionstherapien in der Schweiz

[27.10.21 17:48:25, 21.5507.01, NSE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

David Trachsel (SVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)*; *RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD*

Schluss der 35. Sitzung

18:00 Uhr

Beginn der 36. Sitzung

Mittwoch, 27. Oktober 2021, 20:00 Uhr

Antrag Johannes Sieber und Annina von Falkenstein auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Verbot von Konversionstherapien in der Schweiz (Fortsetzung)

Voten: *Fleur Weibel (GAB)*; *Andrea Strahm (die Mitte/EVP)*; *Jessica Brandenburger (SP)*; *Daniel Albietz (die Mitte/EVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Johannes Sieber (GLP)*; *Daniel Albietz (die Mitte/EVP)*

Voten: *David Trachsel (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Salome Hofer (SP); David Trachsel (SVP)*

Voten: *Johannes Sieber (GLP)*

Zwischenfrage

Voten: *Beat K. Schaller (SVP); Johannes Sieber (GLP)*

Abstimmung

JA heisst überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 14 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 47, 27.10.21 20:21:10*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag auf eine Standesinitiative dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

33. Motionen 1 bis 5

[27.10.21 20:21:31]

33. 1. Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote

[27.10.21 20:21:34, 21.5508.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Karin Sartorius (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Sandra Bothe (GLP); Heidi Mück (GAB); Jessica Brandenburger (SP); Claudio Miozzari (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 15 Nein, 2 Enthaltungen. [*Abstimmung # 48, 27.10.21 20:37:03*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

33.2. Motion Laurin Hoppler und Konsorten quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen

[27.10.21 20:37:55, 21.5509.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Michael Hug (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Lorenz Amiet (SVP); Lea Wirz (GAB); Alexandra Dill (SP); Laurin Hoppler (GAB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 37 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 49, 27.10.21 20:54:14]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

33. 3. Motion Oliver Thommen und Konsorten betreffend vermehrte WC-Anlagen im öffentlichen Raum

[27.10.21 20:54:34, 21.5510.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

33. 4. Motion René Brigger und Konsorten betreffend Definition preisgünstiger Wohnungsbau und Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Bebauungspläne

[27.10.21 20:54:58, 21.5511.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Ivo Balmer SP; Patrizia Bernasconi (GAB); Andreas Zappalà (FDP)*

Zwischenfrage

Voten: *René Brigger (SP); Andreas Zappalà (FDP)*

Voten: *Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP); Beat von Wartburg (LDP); Tim Cuénod (SP); Jeremy Stephenson (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *René Brigger (SP); Jeremy Stephenson (LDP)*

Voten: *René Brigger (SP); Regierungspräsident Beat Jans, Vorsteher PD; René Brigger (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 40 Nein. [*Abstimmung # 50, 27.10.21 21:29:42*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

33. 5. Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend gleich lange Spiesse in den Quartieren bei Bauvorhaben

[27.10.21 21:29:51, 21.5517.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Michelle Lachenmeier (GAB); Andreas Zappalà (FDP); RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD; Stefan Suter (SVP); Jeremy Stephenson (LDP); Beat von Wartburg (LDP)*

Zwischenfrage

Voten: *Stefan Suter (SVP); Christian von Wartburg (SP)*

Voten: *Beat Leuthardt (GAB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

50 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 51, 27.10.21 21:49:46*]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu überweisen.

34. Anzüge 1 bis 28

[27.10.21 21:50:01]

34. 1. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einsetzung einer regierungsrätlichen Klimakommission in Basel-Stadt

[27.10.21 21:50:03, 21.5488.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Luca Urgese (FDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Thomas Müry (LDP)*; *Raffaella Hanauer (GAB)*; *David Wüest-Rudin (GLP)*; *Alexandra Dill (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 34 Nein. [*Abstimmung # 52, 27.10.21 22:03:25*]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

34. 2. Anzug Mahir Kabakci und Konsorten betreffend Verbesserung der Parkiermöglichkeiten beim und auf dem Friedhof Hörnli

[27.10.21 22:03:45, 21.5489.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

34. 3. Anzug Mahir Kabakci und Konsorten betreffend die rechtliche Nichtdiskriminierung der ausländischen Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt durch Wohnbaugenossenschaften auf Land des Kantons

[27.10.21 22:04:21, 21.5490.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

34. 4. Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus

[27.10.21 22:05:59, 21.5495.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

34. 5. Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend Schaffung einer Beratungs- und Präventionsstelle für Menschen mit pädophilen Neigungen

[27.10.21 22:06:23, 21.5497.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Anzug einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

34. 6. Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend "Ferienstrassen" für Basel: Temporäre kinderfreundliche Umnutzung von Quartierstrassen während der Sommerferien

[27.10.21 22:06:52, 21.5512.01, NAE]

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Beatrice Isler (die Mitte/EVP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Beat K. Schaller (SVP); Lydia Isler-Christ (LDP); Karin Sartorius (FDP); Danielle Kaufmann (SP); Lisa Mathys (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

52 Ja, 37 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 53, 27.10.21 22:27:59]

Der Grosse Rat beschliesst

auf den Anzug einzutreten und ihn dem Regierungsrat zu überweisen.

Schluss der 36. Sitzung

22:28 Uhr

Basel, 27. Oktober 2021

Dr. David Jenny
Grossratspräsident

Beat Flury
I. Ratssekretär

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend Neukonzeption Regionales Wildtiermanagement und Wildtier- und Jagdgesetz (WJG) Mit dem Antrag auf Terminierung am 27. Oktober 2021, 09.00 Uhr

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	A	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	E	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	E	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	19	-	18	-	-	-	1	-	-
N	Nein	70	26	-	14	10	9	6	5	-
E	Enthaltung	3	-	-	-	1	1	-	-	1
A	Abwesend	7	4	-	1	-	-	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend Neukonzeption Regionales Wildtiermanagement und Wildtier- und Jagdgesetz (WJG) Mit dem Antrag auf Terminierung am 27. Oktober 2021, 09.00 Uhr

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	A	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	N	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	N	François Bocherens (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	E	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	E
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	3	-	3	-	-	-	-	-	-
N	Nein	86	26	15	14	10	9	7	4	1
E	Enthaltung	2	-	-	-	1	-	-	1	-
A	Abwesend	8	4	-	1	-	1	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend Neukonzeption Regionales Wildtiermanagement und Wildtier- und Jagdgesetz (WJG) Mit dem Antrag auf Terminierung am 27. Oktober 2021, 09.00 Uhr
-----------------	--

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	A	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Beat Leuthardt (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	N	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	E	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	71	26	-	14	10	9	7	5	-
N	Nein	18	-	17	-	1	-	-	-	-
E	Enthaltung	2	-	1	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	8	4	-	1	-	1	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Universität) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2020 der Universität Basel Partnerschaftliches Geschäft

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	A	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	A	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	A
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	90	26	17	14	11	10	7	5	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	4	1	1	-	-	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft

Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2022–2025 Partnerschaftliches Geschäft und zur Beantwortung des Anzugs Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Schaffung eines «Förderfonds für Exzellenz und die ausserordentliche Finanzierung von Professuren an der Universität Basel» sowie zum Ratschlag betreffend Teilrevision des Vertrags zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel vom 27. Juni 2006 Partnerschaftliches Geschäft

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	A	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaela Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	90	27	17	13	11	10	7	5	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	8	3	1	2	-	-	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft

Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2022–2025 Partnerschaftliches Geschäft und zur Beantwortung des Anzugs Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Schaffung eines «Förderfonds für Exzellenz und die ausserordentliche Finanzierung von Professuren an der Universität Basel» sowie zum Ratschlag betreffend Teilrevision des Vertrags zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel vom 27. Juni 2006 Partnerschaftliches Geschäft

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	A	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	J	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	92	27	18	14	11	10	7	5	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	6	3	-	1	-	-	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Ausbau und Weiterentwicklung der Tagesstrukturen auf Primarstufe (Kindergarten und Primarschule) und Sekundarstufe I sowie Stellungnahme zu fünf Anzügen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	A	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	A
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	91	27	18	14	11	10	7	4	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	7	3	-	1	-	-	1	2	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Ausbau und Weiterentwicklung der Tagesstrukturen auf Primarstufe (Kindergarten und Primarschule) und Sekundarstufe I sowie Stellungnahme zu fünf Anzügen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	N
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	A
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Beat Leuthardt (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	N	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	A	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	44	-	-	14	11	10	4	5	-
N	Nein	47	28	17	-	-	-	2	-	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	7	2	1	1	-	-	2	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Kantonale Volksinitiative «Gratis ÖV für Kinder und Jugendliche». Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Verfahren

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	A	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	A
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	A	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	A	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	A	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	A
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	A
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	81	24	16	13	9	10	5	4	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	17	6	2	2	2	-	3	2	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend
Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Projekts «Digitale Bewilligungsverfahren im
Bau- und Verkehrsdepartement (dBV)»

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	A	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	E
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	A	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	A
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	A
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	78	21	16	13	9	9	7	3	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	1	-	1	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	20	9	1	2	2	1	1	3	1
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung zur Einrichtung eines weiteren Grabfeldes in der Gemeinschaftsgrabanlage auf dem Friedhof am Hörnli

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	J
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	A	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	A	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	A
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	A
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	A
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	A
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	A	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	74	22	11	13	10	9	6	3	-
N	Nein	0	-	-	-	-	-	-	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	25	8	7	2	1	1	2	3	1
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Konsolidierte Rechnung für das Jahr 2020

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	A	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	A	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	A	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	A	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	A	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	A	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	J	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	A	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	A	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	A	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	A	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	A	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	77	22	12	13	11	8	7	4	-
N	Nein	1	-	-	-	-	-	-	-	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	21	8	6	2	-	2	1	2	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Petitionskommission zur Petition P419 "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag"

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Beat Leuthardt (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	A	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	François Bocherens (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	2	-	-	-	-	-	1	-	1
N	Nein	86	27	16	12	11	9	6	5	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	11	3	2	3	-	1	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Petitionskommission zur Petition P419 "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag"

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Beat Leuthardt (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	J
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	N	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	J	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	J	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	J	Roger Stalder (SVP)	J	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	J	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	J
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	J
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	38	-	-	12	11	9	-	5	1
N	Nein	52	27	18	-	-	-	7	-	-
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	9	3	-	3	-	1	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Petitionskommission zur Petition P433 "Für eine sinnvolle, nachhaltige Schulraumnutzung und Schulraumplanung im Niederholzquartier"

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Beat Leuthardt (GAB)	A
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	A	Alex Ebi (LDP)	A
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	J
Jo Vergeat (GAB)	N	François Bocherens (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	N
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	N
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	A
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	A	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	A	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	N	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	A
Toya Kruppenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	8	-	1	-	3	-	-	4	-
N	Nein	73	26	15	12	5	7	7	1	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	17	4	2	3	3	3	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Bericht der Petitionskommission zur Petition P436 "Gegen die geplanten Baumfällungen in der mittleren Allee Margarethenstrasse"

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	N	Claudio Miozzari (SP)	N	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	N	Jean-Luc Perret (SP)	N	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	N	Seyit Erdogan (SP)	N	Tonja Zürcher (GAB)	N
Tim Cuénod (SP)	N	Stefan Wittlin (SP)	N	Michelle Lachenmeier (GAB)	N
René Brigger (SP)	N	Raffaella Hanauer (GAB)	N	Heidi Mück (GAB)	N
Melanie Nussbaumer (SP)	N	Raphael Fuhrer (GAB)	N	Beat Leuthardt (GAB)	N
Melanie Eberhard (SP)	N	Anina Ineichen (GAB)	N	Fleur Weibel (GAB)	N
Semseddin Yilmaz (SP)	N	Beatrice Messerli (GAB)	N	Harald Friedl (GAB)	N
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	N	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	N	André Auderset (LDP)	J
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	N	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	E
Jo Vergeat (GAB)	N	François Bocherens (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	N	Lukas Faesch (LDP)	A	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	N	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	N	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	A	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	N
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	N
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	N	Salome Hofer (SP)	N	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	N	Georg Mattmüller (SP)	N	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	A
Toya Krummenacher (SP)	N	Edibe Gölgeli (SP)	N	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	N	Ivo Balmer (SP)	N	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	N
Daniel Sägesser (SP)	N	Jessica Brandenburger (SP)	N	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	N	Mahir Kabakci (SP)	N		
Pascal Pfister (SP)	N	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	16	-	-	3	-	1	7	5	-
N	Nein	69	27	18	10	8	6	-	-	-
E	Enthaltung	2	-	-	-	1	-	-	-	1
A	Abwesend	12	3	-	2	2	3	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Antrag Johannes Sieber und Annina von Falkenstein auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Verbot von Konversionstherapien in der Schweiz

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	A	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	J	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	J
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	J	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	E
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	J	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	J	Karin Sartorius (FDP)	J	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	J
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	J
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	N	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	J
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	A	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	A
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	74	25	18	11	3	5	7	5	-
N	Nein	14	-	-	2	8	4	-	-	-
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	-	-	-	1
A	Abwesend	10	5	-	2	-	1	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Motion Claudio Miozzari und Konsorten betreffend gesetzliche Regelungen für die Tagesstruktur und Ferienangebote

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	A	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	A	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	J
Lydia Isler-Christ (LDP)	J	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	A	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	J
Michael Hug (LDP)	J	Jeremy Stephenson (LDP)	J	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	J	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	A	François Bocherens (LDP)	J	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	J	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	A	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	J
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	A	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	A
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	J
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	A
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	A
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	J	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	A	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	E
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	A	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	E
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	J
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	64	23	17	11	-	6	7	-	-
N	Nein	15	-	-	1	8	-	-	5	1
E	Enthaltung	2	-	-	-	-	2	-	-	-
A	Abwesend	18	7	1	3	3	2	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Motion Laurin Hoppler und Konsorten quartierbezogene autofreie Tage um die nachhaltige Mobilität stärker in die Bevölkerung zu tragen

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	N
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	J
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	E	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	55	27	18	-	1	2	7	-	-
N	Nein	37	-	-	14	10	6	1	5	1
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	1	-	-	-
A	Abwesend	6	3	-	1	-	1	-	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Motion René Brigger und Konsorten betreffend Definition preisgünstiger Wohnungsbau und Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Bebauungspläne

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	J
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	J
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	52	27	18	-	-	4	3	-	-
N	Nein	40	-	-	13	11	5	5	5	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	7	3	-	2	-	1	-	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Motion Beat Leuthardt und Konsorten betreffend gleich lange Spiesse in den Quartieren bei Bauvorhaben

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	J	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	J	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	N	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	A	Brigitte Kühne (GLP)	N	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	N	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	E
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albiets (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	N
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	50	27	18	1	1	1	2	-	-
N	Nein	40	-	-	12	10	7	5	5	1
E	Enthaltung	1	-	-	-	-	1	-	-	-
A	Abwesend	8	3	-	2	-	1	1	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Einsetzung einer regierungsrätlichen Klimakommission in Basel-Stadt

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	N
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	J
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	N	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	J	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	J	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	J	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	J	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	A
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Kruppenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	A		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	56	26	18	-	-	4	8	-	-
N	Nein	34	-	-	13	11	4	-	5	1
E	Enthaltung	0	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Abwesend	9	4	-	2	-	2	-	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Ergebnis der Abstimmung

Geschäft Anzug Salome Bessenich und Konsorten betreffend "Ferienstrassen" für Basel: Temporäre kinderfreundliche Umnutzung von Quartierstrassen während der Sommerferien

Gegenstand / Antrag

Abstimmungsfrage

Lisa Mathys (SP)	J	Claudio Miozzari (SP)	J	Beda Baumgartner (SP)	A
Barbara Heer (SP)	J	Jean-Luc Perret (SP)	J	Michela Seggiani (SP)	A
Thomas Gander (SP)	J	Seyit Erdogan (SP)	J	Tonja Zürcher (GAB)	J
Tim Cuénod (SP)	J	Stefan Wittlin (SP)	J	Michelle Lachenmeier (GAB)	J
René Brigger (SP)	J	Raffaella Hanauer (GAB)	J	Heidi Mück (GAB)	J
Melanie Nussbaumer (SP)	J	Raphael Fuhrer (GAB)	J	Beat Leuthardt (GAB)	J
Melanie Eberhard (SP)	J	Anina Ineichen (GAB)	J	Fleur Weibel (GAB)	J
Semseddin Yilmaz (SP)	J	Beatrice Messerli (GAB)	J	Harald Friedl (GAB)	J
Raoul I. Furlano (LDP)	A	Oliver Bolliger (GAB)	J	Beat von Wartburg (LDP)	E
Lydia Isler-Christ (LDP)	N	Laurin Hoppler (GAB)	J	André Auderset (LDP)	A
Catherine Alioth (LDP)	N	Lea Wirz (GAB)	J	Alex Ebi (LDP)	N
Michael Hug (LDP)	N	Jeremy Stephenson (LDP)	N	Stefan Suter (SVP)	N
Annina von Falkenstein (LDP)	N	Thomas Müry (LDP)	N	Lorenz Amiet (SVP)	N
Jo Vergeat (GAB)	J	François Bocherens (LDP)	N	Bülent Pekerman (GLP)	E
Jérôme Thiriet (GAB)	J	Lukas Faesch (LDP)	N	Johannes Sieber (GLP)	J
Oliver Thommen (GAB)	J	Joël Thüring (SVP)	N	Beat Braun (FDP)	A
Patrizia Bernasconi (GAB)	J	Beat K. Schaller (SVP)	N	Mark Eichner (FDP)	N
Pascal Messerli (SVP)	N	Daniela Stumpf (SVP)	A	Balz Herter (die Mitte/EVP)	N
Gianna Hablützel-Bürki (SVP)	N	Roger Stalder (SVP)	N	Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)	N
David Trachsel (SVP)	N	David Wüest-Rudin (GLP)	J	Eric Weber (fraktionslos)	N
Claudia Baumgartner (GLP)	J	Brigitte Kühne (GLP)	J	Sasha Mazzotti (SP)	J
Tobias Christ (GLP)	J	Niggi Daniel Rechsteiner (GLP)	N	Franziska Roth (SP)	J
David Jenny (FDP)	P	Luca Urgese (FDP)	N	Daniel Hettich (LDP)	N
Erich Bucher (FDP)	N	Karin Sartorius (FDP)	N	Nicole Strahm-Lavanchy (LDP)	N
Beatrice Isler (die Mitte/EVP)	N	Andrea Elisabeth Knellwolf (die Mitte/EVP)	A	Felix Wehrli (SVP)	N
Franz-Xaver Leonhardt (die Mitte/EVP)	N	Andrea Strahm (die Mitte/EVP)	N	Jenny Schweizer-Hoffmann (SVP)	N
Christoph Hochuli (die Mitte/EVP)	J	Brigitte Gysin (die Mitte/EVP)	N	Andreas Zappalà (FDP)	N
Nicole Amacher (SP)	J	Salome Hofer (SP)	J	Thomas Widmer-Huber (die Mitte/EVP)	N
Alexandra Dill (SP)	J	Georg Mattmüller (SP)	J	Daniel Albietz (die Mitte/EVP)	N
Toya Krummenacher (SP)	J	Edibe Gölgeli (SP)	J	Sandra Bothe (GLP)	J
Danielle Kaufmann (SP)	J	Ivo Balmer (SP)	J	Marianne Hazenkamp-von Arx (GAB)	J
Daniel Sägesser (SP)	J	Jessica Brandenburger (SP)	J	Olivier Battaglia (LDP)	N
Christian von Wartburg (SP)	J	Mahir Kabakci (SP)	J		
Pascal Pfister (SP)	J	Salome Bessenich (SP)	A		

		Total	SP	GAB	LDP	SVP	die Mitte/EVP	GLP	FDP	fraktionslos
J	Ja	52	27	18	-	-	1	6	-	-
N	Nein	37	-	-	12	10	8	1	5	1
E	Enthaltung	2	-	-	1	-	-	1	-	-
A	Abwesend	8	3	-	2	1	1	-	1	-
P	Präsidium	1							1	
	Total	100	30	18	15	11	10	8	7	1

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P401 betreffend «Erhöhung der Sozialhilfe im Kanton Basel-Stadt»	PetKo		19.5367.03
2.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P433 betreffend «Für eine sinnvolle, nachhaltige Schulraumnutzung und Schulraumplanung im Niederholzquartier»	PetKo		21.5434.02
3.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P419 betreffend "Keine Kriminalisierung am feministischen Streiktag"	PetKo		20.5278.03
4.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P436 "Gegen die geplanten Baumfällungen in der mittleren Allee Margarethenstrasse"	PetKo		21.5524.02
5.	Bericht der Petitionskommission zu den Petitionen P428 betreffend «Bettelverbot im Kanton Basel-Stadt», P430 betreffend «Kein Betteln mit Tieren auf Basels Strassen» und P435 betreffend «Eine gemeinsame Haltung zu Bettlern in Basel-Stadt	PetKo		21.5023.02 21,5249,02 21.5523.02
6.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Ausbau und Weiterentwicklung der Tagesstrukturen auf Primarstufe (Kindergarten und Primarschule) und Sekundarstufe I sowie Stellungnahme zu fünf Anzügen	BKK	ED	21.0064.02 14.5563.05 18.5206.03 18.5112.03 18.5243.03 18.5390.04
7.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Universität Basel: Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2022–2025 <i>Partnerschaftliches Geschäft</i> und zur Beantwortung des Anzugs Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Schaffung eines «Förderfonds für Exzellenz und die ausserordentliche Finanzierung von Professuren an der Universität Basel» sowie zum Ratschlag betreffend Teilrevision des Vertrags zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel vom 27. Juni 2006 <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	BKK	ED	20.1189.02 20.1675.02 18.5030.04
8.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Teilrevision des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Einführungsgesetz zum ZGB, EGZGB) Umsetzung der Bundesverordnung über die Inkassohilfe bei familienrechtlichen Unterhaltsansprüchen (Inkassohilfeverordnung, InkHV)	GSK	WSU	21.0133.02
9.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission für das Universitäts-Kinderspital beider Basel (IGPK UKBB) zur Information des Regierungsrates über die Rechnung 2020 <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK UKBB	GD	21.0544.02
10.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Projekts «Digitale Bewilligungsverfahren im Bau- und Verkehrsdepartement (dBV)»	BRK	BVD	21.0468.02
11.	Bericht und Wahlvorschlag der Wahlvorbereitungskommission für die Erneuerungswahlen der Richterinnen und Richter am Appellationsgericht, am Zivilgericht, am Strafgericht und am Sozialversicherungsgericht des Kantons Basel-Stadt; Amtsdauer 2022 - 2027	WVKo		21.5606.01
12.	Bericht der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission zum Ratschlag betreffend Neukonzeption Regionales Wildtiermanagement und Wildtier und Jagdgesetz (WJG)	JSSK	JSD	20.0935.02
13.	Kantonale Volksinitiative „Grundrechte für Primaten“. Antrag auf Fristverlängerung	JSSK	GD	17.1389.05

14.	Bericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zum Ratschlag betreffend Ausbau der leitungsgebundenen Wärmeversorgung durch die IWB Industrielle Werke Basel sowie zum Bericht zur Motion Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Ausbau Fern- und Nahwärme	UVEK	WSU	20.1394.02 18.5045.04
15.	Bericht der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der Universität Basel (IGPK Universität) zum Bericht des Regierungsrates betreffend Berichterstattung zum Leistungsauftrag 2020 der Universität Basel <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK Universität	ED	21.0672.02
16.	Zwischenbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission Biozentrum (PUK)	PUK		21.5652.01
17.	Legislativplan des Regierungsrates 2021-2025		PD	19.1275.01
18.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Edibe Gögeli und Konsorten betreffend Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees		PD	21.5320.02
19.	Kantonale Volksinitiative «Gratis ÖV für Kinder und Jugendliche». Bericht zur rechtlichen Zulässigkeit und zum weiteren Verfahren		BVD	21.0828.01
20.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Annina von Falkenstein betreffend Änderung des Bestattungsgesetzes betreffend Publikation von Todesfällen		BVD	21.5251.02
21.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Georg Mattmüller und Konsorten betreffend neue BVB-Trams für die Zukunft von Basel		BVD	21.5235.02
22.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Winterdienst auf Trottoirs ist Staatsaufgabe!		BVD	21.5319.02
23.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Alexandra Dill und Konsorten betreffend niederschwellige und diskriminierungsfreie Vergabe der Familiengärten		BVD	19.5231.02
24.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend Aufbruch ins Solarzeitalter – mehr Photovoltaik-Anlagen auf Basels Dächern und Fassaden		WSU	21.5236.02
25.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend temporäre Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie		WSU	21.5317.02
26.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Corona-Härtefall-Unterstützung für Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen		WSU	21.5275.02
27.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Eveline Rommerskirchen und Konsorten betreffend Sanierung der Chemiemülldeponie Kesslergrube in Grenzach-Wyhlen		WSU	14.5687.04
28.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Michela Seggiani und Konsorten betreffend Praxisbezug im Lehrkörper der FHNW		ED	21.5318.02
29.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Jenny Schweizer und Konsorten betreffend ein Zeichen des Dankes des Kantons an die Basler Jugend während der Corona-Pandemie		ED	21.5296.02
30.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend nachhaltig und innovativ Tigermücken-Auswirkungen bekämpfen		GD	20.5245.02
31.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend Begleitmassnahmen zum Thema Betteln «Basler Weg»		JSD	21.5474.02
32.	Konsolidierte Rechnung für das Jahr 2020		FD	21.5665.01

Überweisung an Kommissionen

33.	Ratschlag Gewährung eines Staatsbeitrages für die Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland für die Jahre 2022-2025	RegioKo	PD	21.1071.01
34.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für Erdbebenertüchtigung, Umbau und Instandsetzung Hebelstrasse 51/53 sowie den Neubau Zweitstandort Zeughausstrasse 2b der Sanität Basel zum Bau einer Autoeinstellhalle am Zweitstandort	BRK	BVD	19.1290.03
35.	Ratschlag Ersatzstandort Institut für Rechtsmedizin. Ausgabenbewilligung für die Realisierung	BRK	BVD	21.1234.01
36.	Ratschlag Investitionsbeitrag an den Umbau der Liegenschaft Vesalgasse 5 und die Erneuerung der Dauerausstellung für das neue Jüdische Museum der Schweiz	BKK	PD	21.1254.01
37.	Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an die Gesellschaft des Basler Marionetten Theaters für die Jahre 2022-2026	BKK	PD	21.0505.01
38.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Gare du Nord für die Jahre 2022-2025	BKK	PD	21.0615.01
39.	Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an das Junge Theater Basel für die Jahre 2022-2026	BKK	PD	21.0629.01
40.	Ausgabenbericht betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den Verein Basler Madrigalisten & Schweizer Kammerchor für die Jahre 2022-2025	BKK	PD	21.0632.01
41.	Ausgabenbericht für Stipendien an Nachwuchskräfte aus Entwicklungsländern 2022-2025	BKK	ED	21.1296.01
42.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung zur Neugestaltung der Grünanlage «Erlenmattpark, 3. Etappe»	UVEK	BVD	21.1284.01
43.	Ratschlag und Bericht betreffend Kantonale Volksinitiative "für ein klimagerechtes Basel Klimagerechtigkeitsinitiative" und Gegenvorschlag für eine Änderung der Kantonsverfassung	UVEK	WSU	20.1436.02
44.	Ausgabenbericht betreffend "Erneuerung des Staatsbeitrags an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2022-2025"	GSK	WSU	21.0675.01
45.	Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) für die Jahre 2022-2025	GSK	GD	21.1335.01
46.	Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) für die Jahre 2022-2025; Partnerschaftliches Geschäft	GSK	GD	21.1336.01
47.	Bericht zum Ratschlag betreffend Rahmenausgabenbewilligung für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und ungedeckten Kosten (GWL) der baselstädtischen Spitäler für die Jahre 2022-2025	GSK	GD	21.1344.01
48.	Petition P438 "Lärmkontingente für traditionelle kulturelle Veranstaltungen"	PetKo	GD	21.5649.01
49.	Petition P439 "Keine Durchseuchung der Kinder an Basler Schulen"	PetKo		21.5650.01
50.	Bericht zur Prostitution in Basel-Stadt 2019/2020 sowie zum Anzug Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Schutz für Sexarbeiterinnen dank Selbstverwaltung	JSSK	JSD	21.1051.01 16.5258.03
51.	Ratschlag zu einer Änderung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz vom 9. Juni 2010 (Informations- und Datenschutzgesetz, IDG) und weiterer Gesetze (Anpassung an die europäischen Datenschutzreformen und weitere Anpassungen)	JSSK	PD	21.1239.01
52.	Rücktritt von Anina Ineichen als Richterin am Zivilgericht per sofort	WVKo		21.5683.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

53.	Budget 2022 – Vorgezogene Budgetpostulate/Planungsanzug	FD	20.1803.01 20.5489.02 19.5493.04
54.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P434 "Gegen Diskriminierung aufgrund von Aussehen, Geschlecht, Religion, Hautfarbe und/oder Herkunft"	PetKo	21.5522.02
55.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P437 "Wiedererwägung Mietzins-Härtefall-Paket II"	PetKo	21.5528.02
56.	Bericht des Regierungsrates zur Motion Lea Steinle und Konsorten betreffend Verlängerung des Vaterschaftsurlaubs für Kantonsangestellte	FD	19.5199.03
57.	Motionen:		
1.	Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission betreffend der Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB</i>		21.5638.01
2.	Beatrice Isler und Konsorten betreffend Streichung von § 11 Abs. 2 des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes		21.5643.01
3.	Lorenz Amiet und Konsorten betreffend Sofortmassnahmen zur Entflechtung von Fuss- und Veloverkehr in der Solitude		21.5644.01
4.	Joël Thüring und Konsorten betreffend neues Massnahmenpaket Sauberkeit für ein sauberes Basel - die Zweite		21.5645.01
5.	David Trachsel betreffend kostenlose Coronatests im Kanton Basel-Stadt <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB</i>		21.5687.01
6.	David Trachsel betreffend kostenlose Coronatests für Studierende sowie Bereitstellung der entsprechenden Testinfrastruktur <i>Mit dem Antrag auf dringliche Behandlung gemäss § 20 Abs. 2 AB</i>		21.5688.01
58.	Anzüge:		
1.	Joël Thüring und Konsorten betreffend «Gemeinsam statt einsam - Cluster-Wohnungen für Basel»		21.5585.01
2.	Eric Weber betreffend Plastiküberzug über die Mikrofone im Parlament		21.5608.01
3.	Eric Weber betreffend Sitzverteilung der Grossratswahlen soll wieder in die Grossrats-Broschüre		21.5609.01
4.	Eric Weber betreffend weniger Recht für Fraktionslose Grossräte		21.5610.01
5.	Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend "EU-Filiale" der Universität Basel am «Oberrhein»		21.5625.01
6.	Claudia Baumgartner und Konsorten betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen		21.5630.01
7.	Pascal Pfister und Konsorten betreffend Strategie gegen Einsamkeit		21.5646.01
8.	Lukas Faesch und Konsorten betreffend Abschaffung der metallenen Registrierungsmarke bei Hunden		21.5647.01
9.	Eric Weber betreffend wer sich impfen lässt, bekommt auch in Basel eine Bratwurst		21.5673.01
10.	Eric Weber betreffend Vereidigung der neuen Grossräte		21.5678.01
11.	Eric Weber betreffend Unfall-Versicherung für Grossräte		21.5679.01
12.	Eric Weber betreffend Verkleinerung des Grossen Rates auf 80 Sitze		21.5680.01
13.	Eric Weber betreffend Grossrat mit den meisten Amtsjahren darf auch die neue Legislatur-Periode eröffnen		21.5681.01

Kenntnisnahme

59.	Bericht der Begnadigungskommission zum Begnadigungsgesuch Nr. 1722	BegnKo	
60.	Rücktritt von Alexandra Dill als Mitglied der Bau- und Raumplanungsfragen per 19. Oktober 2021		21.5633.01
61.	Rücktritt von Johannes Sieber als Mitglied des Ratsbüros per 19. Oktober 2021		21.5684.01
62.	Nachrücken im Grossen Rat (Anina Ineichen anstelle von Jürg Stöcklin)		21.5597.02
63.	Schreiben der Finanzkommission zum Bericht der Finanzkontrolle über ihre Tätigkeiten 2020	FKom	21.5593.01
64.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Stopp der Lichtverschmutzung auch in Basel-Stadt (stehen lassen)	WSU	10.5203.07
65.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Otto Schmid und Konsorten betreffend 50-Meter-Schwimmbecken in der Region Basel (stehen lassen)	ED	17.5132.03
66.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Franziska Roth-Bräm und Konsorten betreffend ÖV-Verbindung nach Inzlingen (stehen lassen)	BVD	15.5295.04
67.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mark Eichner und Konsorten betreffend Gewerbeflächen für klassische Handwerksbetriebe auf dem Hafenareal (stehen lassen)	WSU	14.5672.04
68.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beatrice Isler und Konsorten betreffend Bewachung des Rathausinnenhofes (stehen lassen)	PD	17.5457.03
69.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Lastenveloparkplätze (stehen lassen)	BVD	19.5428.02
70.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend die Lärmschutzmassnahmen entlang der Osttangente (stehen lassen)	WSU	10.5242.06
71.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beat Leuthardt betreffend 'Verteidigung' von grossrätlichen Mehrheitsentscheiden in Gerichtsverfahren: Reminder: «Gleich lange Spiesse für alle?»	STK	21.5418.02
72.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Harald Friedl betreffend Grünstadt-Schweiz Label und Baummanagement im Kanton Basel-Stadt	BVD	21.5501.02
73.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Salome Bessenich betreffend Umgang mit Grauen Emissionen im Bausektor	WSU	21.5433.02
74.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beatrice Isler betreffend Autos in Klammern	JSD	21.5453.02
75.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christoph Hochuli betreffend Menschenhandel zwecks Arbeitsausbeutung	JSD	21.5441.02
76.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Tim Cuénod betreffend Veloparkier-Situation in der Innenstadt und v.a. an Barfi und Marktplatz	BVD	21.5452.02
77.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Mahir Kabakci betreffend die Förderung der Öffnung von Wohnbaugenossenschaften gegenüber Migrantinnen und Migranten sowie Secondos / Secondas	FD	21.5492.02
78.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beatrice Isler betreffend Gundeli im Ausnahmezustand	BVD	21.5478.02
79.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Melani Nussbaumer betreffend StoP (Stadtteile ohne Partnergewalt) – Projekt in Basel	JSD	21.5500.02

80.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Claudio Miozzari betreffend Ausschreibung der Ferienbetreuung an Schulen im Basler Ferienkalender	ED	21.5504.02
81.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Mehmet Sigirci betreffend Selbständige in der Sozialhilfe	WSU	21.5515.02
82.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend des Basler Werbe-Slogans "Basel ticket anders" – Vertritt uns die Regierung auch im Ausland?	PD	21.5472.02
83.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Pandemiefrost	STK	21.5370.02
84.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Video-Aufzeichnungen der Regierungsrats-Sitzung	STK	21.5372.02
85.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend hat sich die Corona-Pandemie auf den Arbeitsalltag beim Regierungsrat ausgewirkt?	STK	21.5371.02
86.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend kann der FC Basel vom Kanton gekauft werden - aktuelle Fragen zur Krise des FC Basels	STK	21.5381.02
87.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Bild vom Regierungsrat Basel-Stadt	STK	21.5383.02
88.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Beleidigungen, Drohungen und Mobbing in den Sozialen Medien	STK	21.5465.02
89.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Zeitschrift vom Kanton Basel-Stadt	STK	21.5461.02
90.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Diplomatisches Corps in Basel	STK	21.5460.02
91.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Unruhen im Eglisee Bad bei den Frauen	ED	21.5480.02
92.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Tierversuche in Basel	GD	21.5455.02
93.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend unsere Kinder drehen wegen Corona durch	ED	21.5486.02
94.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Darmkrebsvorsorge in Basel	GD	21.5483.02
95.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Spezial-Ermittler gegen organisierte Kriminalität	JSD	21.5466.02
96.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Taxi-Tarife in Basel	JSD	21.5479.02
97.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend wann ist für Basel die Bundespolizei zuständig?	JSD	21.5467.02
98.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Pfand-Flaschen bitte in Basel einführen	WSU	21.5482.02
99.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Neustem Stand beim E-Voting	STK	21.5484.02
100.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend gibt es Korruptionsfälle in der Basler Verwaltung?	STK	21.5485.02
101.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Eric Weber betreffend Altersdiskriminierung	WSU	21.5560.02

Anhang C: Neue Vorstösse

Motionen

1. Motion betreffend Streichung von § 11 Abs. 2 des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes

21.5643.01

In § 11 Abs. 1 lit. a des Bürgerrechtsgesetzes wird vorausgesetzt, dass die Bewerberinnen und Bewerber für die Erlangung des Schweizerischen Bürgerrechtes mit den schweizerischen und örtlichen Lebensverhältnissen vertraut sind, d.h. über Grundkenntnisse der geografischen, historischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Bund, Kanton und Gemeinde verfügen. Auf Beschluss des Grossen Rates vom 19. Oktober 2017 gilt der Nachweis für Abs. 1 lit. a als erbracht, wenn die Bewerberinnen und Bewerber die obligatorische Schule vollständig in der Schweiz, davon die gesamte Sekundarstufe I im Kanton Basel-Stadt besucht haben; dies wurde in § 11 Abs. 2 entsprechend aufgenommen. Erfüllen die Bewerberinnen und Bewerber diese Voraussetzung, hat die Einbürgerungskommission während des Einbürgerungsgesprächs auf Fragen zu den geografischen, historischen, politischen und gesellschaftlichen Bereichen zu verzichten.

Bereits vor dem Inkrafttreten dieses Beschlusses des Grossen Rates zeigte jedoch die Einbürgerungspraxis deutlich, dass einem Grossteil der fraglichen Bewerberinnen und Bewerber die zur Erlangung der Einbürgerung vorausgesetzten Kenntnisse fehlen. Sie weisen gerade in Bezug auf das politische System gravierende Lücken auf. Diese Situation hat sich seit dem Beschluss des Grossen Rates keineswegs geändert.

Die Tatsache, dass alle anderen Bewerberinnen und Bewerber, welche die ersten Schuljahre im Ausland verbracht haben, den Nachweis der Kenntnisse in besagten Bereichen erbringen müssen, schafft eine Ungerechtigkeit und entbehrt auch der Logik, da während der ersten Schuljahre das politische System keineswegs Inhalt des Lehrstoffes bildet. Entschliesst sich z.B. eine 50-jährige Bewerberin zur Einbürgerung und hat ihre gesamte obligatorische Schulzeit in der Schweiz bzw. die gesamte Sekundarstufe I in Basel absolviert, fällt sie unter § Abs. 2, auch wenn während ihrer damaligen Schulzeit das politische System noch gar nicht vermittelt wurde.

Die Einbürgerung ist eine einmalige Chance und Gelegenheit, sich die Grundkenntnisse der geografischen, historischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Bund, Kanton und Gemeinde anzueignen oder gegebenenfalls aufzufrischen. Im Sinne der „gleich langen Spiesse“ für alle Bewerbenden werden mit der Streichung des Abs. 2 in § 11 des Kantonalen Bürgerrechtsgesetzes Ungleichheiten und daraus resultierende ungerechte Befragungen vermieden. Die nötigen Unterlagen und Kurse stehen allen Bürgerrechtsbewerbenden zur Verfügung. Wer die vorausgesetzten Grundkenntnisse bereits besitzt, zeigt sich meist stolz, sein Wissen auszuweisen.

Die Unterzeichnenden bitten daher den Regierungsrat um Streichung von § 11 Abs. 2 des Kantonalen Bürgerrechtsgesetzes.

Beatrice Isler, Beat K. Schaller, Claudia Baumgartner, Lukas Faesch, Erich Bucher, Balz Herter, Daniel Albietz, Thomas Widmer-Huber, Thomas Mürty, Daniela Stumpf

2. Motion betreffend Sofortmassnahmen zur Entflechtung von Fuss- und Veloverkehr in der Solitude

21.5644.01

Im Frühjahr hat der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine Interpellation anerkannt, dass die Solitude Promenade zu gewissen Tageszeiten, insbesondere im Sommer und an Wochenenden überlastet ist, da gleichzeitig Fussgängerinnen und Fussgänger sowie Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer ein schmales Weglein nutzen, welches die dafür notwendigen Normen nicht erfüllt.

Erfreulicherweise hat der Regierungsrat ebenfalls angekündigt, langfristig mit baulichen Massnahmen dieses Problem, welches durchaus auch zu gefährlichen Situationen führen kann, lösen zu wollen. Aufgrund der Komplexität der Aufgabenstellung ist jedoch nicht damit zu rechnen, dass diese Lösung innerhalb von wenigen Jahren herbeigeführt werden kann. Zudem konnten auch diesen Sommer, trotz der häufig durchgezogenen Witterung, insbesondere im Zusammenhang mit breiten Kistenvelos sowie e-bikes mit übersetzter Geschwindigkeit wieder gefährliche Situationen beobachtet werden, weshalb Sofortmassnahmen angezeigt sind.

Da keine der bisher eingeführten Massnahmen das Problem echt entschärfen konnte und die Polizei das heute vorgeschriebene Schrittempo für Fahrräder entweder nicht durchsetzen will oder nicht durchsetzen kann, sehen die Motionäre als letzte Option nur noch ein phasenweises generelles Fahrverbot für die Solitude Promenade, also auch für Fahrräder, welche während diesen Phasen über den Fahrradstreifen der Grenzacherstrasse umgeleitet werden müssen. Diese Umfahrung wäre aufgrund der Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit in der Solitude Promenade auf Schrittempo ohnehin die schnellere Wahl, sofern sich die Fahrradfahrer an die Tempovorschrift hielten.

Zeitabhängig gesteuerte Verkehrssignalisationen sind im Kanton Basel-Stadt keine Neuheit, so wird beispielsweise auf der Dornacherstrasse bereits heute jeweils nachts ein Fahrverbot angezeigt. Eine echte Weiterentwicklung im Sinne jener Digitalisierung, welche die Regierung unlängst im neuen Legislaturplan als einen von drei Schwerpunkten bezeichnet hat, wäre es, wenn das Fahrverbot in Abhängigkeit des (Fuss-)Verkehrsaufkommens ein- bzw. ausgeschaltet würde.

In diesem Sinne ersuchen die Unterzeichneten den Regierungsrat, innerhalb eines Jahres folgende Sofortmassnahmen zu ergreifen:

- Automatisch ausgelöste temporäre Signalisation eines generellen Fahrverbotes während Phasen von starkem (Fuss-)Verkehrsaufkommen in der Solitude Promenade;
- Permanente Anzeige der empfohlenen Umfahrung für Fahrradfahrende.
Lorenz Amiet, Stefan Suter, Jérôme Thiriet, Joël Thüring, Beatrice Isler, Thomas Müry, Andrea Elisabeth Knellwolf, Beat K. Schaller, Catherine Alioth, Jenny Schweizer, Annina von Falkenstein, Felix Wehrli, Beat Leuthardt

3. Motion betreffend neues Massnahmenpaket Sauberkeit für ein sauberes Basel - die Zweite

21.5645.01

Nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie und der weiteren Verlagerung von Aktivitäten der Bevölkerung in den Aussenbereich hat das Littering in unserer Stadt an bekannten Hotspots stark zugenommen. Schon vorher war die Situation abfalltechnisch häufig kritisch. Leider ist dieser traurige Zustand in unserer Stadt vermehrt auch in den Parkanlagen und Aussenquartieren festzustellen. Überfüllte Abfalleimer, Zigarettensammel, Abfall und Dreck an allen Ecken und Enden unserer Stadt: Dieses Bild wird für die Bevölkerung verständlicherweise immer mehr zu einem grossen Ärgernis.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass die baselstädtische Stadtreinigung bei der Beseitigung der Abfallberge an ihre Grenzen stösst. Gleichzeitig wurden einige Projekte, wie bspw. die neuen Solarabfallkübel, wurden vor einiger Zeit vom damaligen Bau- und Verkehrsdirektor - auch nach Widerstand aus dem Grossen Rat - sistiert.

Schon im Jahr 2010 hat die SVP auf die Situation reagiert und eine kantonale Volksinitiative «zur Einführung einer Mobilien Abfallpolizei für einen sauberen Kanton Basel-Stadt (Sauberkeitsinitiative)» lanciert. Diese Initiative kam zustande und wurde, nachdem man sich mit dem damaligen Vorsteher des WSU auf ein umfassendes Massnahmenpaket als indirekten Gegenvorschlag geeinigt hat, zurückgezogen. Neben den damals neu geschaffenen Stellen sogenannter «Abfallpolizisten» (im WSU) wurden auch die Sachmittel ab Budget 2012 erhöht. Im Jahr 2013 wurden schliesslich auf Antrag des Regierungsrates vom Parlament zusätzliche finanzielle Mittel im Rahmen eines «Massnahmenpakets Sauberkeit» gesprochen.

Die Lage hat sich, wie eingangs geschildert, im Kanton in der vergangenen Zeit leider wieder verschlechtert. Deshalb ist es nach fast zehn Jahren Zeit, dass entsprechend neue Ideen erarbeitet werden und Bestehendes überdenkt und/oder überarbeitet wird. Eine ähnlich lautende Motion wurde vom Grossen Rat im Frühjahr 2021 knapp nicht überwiesen, da diese auch die Säule «Repression» beinhaltete. In der Ratsdebatte wurde von den Gegnern der Motion erläutert, dass sie einer solchen Motion zustimmen würden, wenn dieser Punkt gestrichen wird - was nun erfolgt.

Aus diesem Grunde wird der Regierungsrat beauftragt, ein neues «Massnahmenpaket Sauberkeit» zu erarbeiten und dieses innert einem Jahr dem Grossen Rat vorzulegen.

Bestandteil dieses Massnahmenpakets sollten die Säulen «Reinigung», «Prävention und Sensibilisierung» sein.

Joël Thüring, Alex Ebi, Beat K. Schaller, Lukas Faesch, Sandra Bothe, Jenny Schweizer, Roger Stalder, Andrea Elisabeth Knellwolf, Eric Weber, Raffaella Hanauer, Felix Wehrli, Thomas Müry, Balz Herter, Michael Hug, François Bocherens, Niggi Daniel Rechsteiner, Christoph Hochuli, Catherine Alioth, Toya Krummenacher, Raoul I. Furlano, Lydia Isler-Christ, Beatrice Isler, Lorenz Amiet, Annina von Falkenstein

4. Motion betreffend kostenlose Coronatests im Kanton Basel-Stadt

21.5687.01

Ab dem 11. Oktober 2021 werden Coronatests, von Ausnahmen abgesehen, für asymptomatische Personen voraussichtlich kostenpflichtig. Der Regierungsrat wird beauftragt, die Coronatests, welche zu einem Zertifikat führen, für alle im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Personen weiterhin kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Die junge Bevölkerung ist jene Personengruppe, welche die Corona-Tests am stärksten in Anspruch nimmt. Ausschlaggebend ist die vergleichsweise geringe Durchimpfung dieser Personengruppe. Eine geringere Durchimpfung wird auch bei der ausländischen Bevölkerung und bei Geringverdienenden vermutet. Sehr viele Junge, Ausländer und Geringverdienende können sich monatliche Testkosten von bis zu CHF 700.- pro Monat nicht leisten. Für diese Personengruppen bedeuten kostenpflichtige Tests den faktischen Impfpflicht. Aufgrund

kostenpflichtiger Corona-Tests wird der selbstbestimmte Impfscheid zum Privileg von vermögenden Personen, die sich die Tests leisten können.

Zudem: Sich kostenpflichtig testen zu lassen hat nichts mit Selbstverantwortung zu tun. Denn zu Selbstverantwortung gehört Freiheit, genauso wie zu Freiheit Selbstverantwortung gehört. Wenn also die Regierung Grundrechte und Freiheiten einschränkt, kann sie nicht gleichzeitig auf das Konzept der Selbstverantwortung pochen. Das funktioniert nicht. Deshalb: Wenn Grundrechte und Freiheiten eingeschränkt werden, hat der Staat auch die daraus entstehenden Kosten zu tragen.

Der Motionär fordert deshalb, dass der Kanton Basel-Stadt ab dem 11. Oktober für die Testkosten der Basler Bevölkerung aufkommt, damit die Ungleichbehandlung, der Impfzwang und die Spaltung in unserer Gesellschaft nicht noch verschlimmert werden. Sollte der Bund beschliessen, dass das Covid-Zertifikat keine Gültigkeit mehr hat oder es nur noch im privaten Rahmen zur Anwendung kommt, so wird die geforderte Kostenübernahme hinfällig. Der Regierungsrat soll entscheiden, ob er nur für die Kosten der im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Personen oder auch für Arbeitnehmende im Kanton Basel-Stadt aufkommen möchte. Es soll kein Test-Tourismus aus anderen Kantonen entstehen.

David Trachsel

5. Motion betreffend kostenlose Coronatests für Studierende sowie Bereitstellung der entsprechenden Testinfrastruktur

21.5688.01

Ab dem 11. Oktober 2021 sollen Coronatests, von Ausnahmen abgesehen, für asymptomatische Personen kostenpflichtig werden. Der Regierungsrat wird beauftragt, die Kosten von Coronatests, welche zu einem Zertifikat führen, für folgenden Studierenden zu übernehmen (soweit die Bildungseinrichtung, wo sie immatrikuliert sind, einen anerkannten Bildungsgang anbietet und die Zertifikatspflicht vorschreibt):

- Studierende mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt, und zwar unabhängig davon, ob sie im Kanton Basel-Stadt oder auswärts studieren.
- Studierende welche an einer Bildungseinrichtung mit Standort im Kanton Basel-Stadt studieren, unabhängig von ihrem Wohnort. Zudem soll diesen Studierenden eine bedürfnisgerechte Testinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Noch im August war eine Zertifikatspflicht an Hochschulen undenkbar. So liess sich auch Matthias Geering, der Leiter Kommunikation & Marketing der Universität Basel, noch am 20. August im Telebasel zitieren, dass eine Zertifikatspflicht rechtlich gesehen gar nicht umsetzbar sei, weil es sich bei Bildungseinrichtungen um öffentliche Betriebe handle, die allen Personen den Zugang zur Bildung gewährleisten müssen – egal ob geimpft, getestet oder nicht.

Gemäss Art. 26 Abs. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) hat jeder das Recht auf Bildung. Der Hochschulunterricht soll allgemein zugänglich sein und allen Studierenden nach Massgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen in gleicher Weise offenstehen. Die Option zur Ausweitung des Covid-Zertifikats auf Hochschulen und die Anwendung dieser Option in der Praxis, stellt eine grobe Verletzung dieses Menschenrechts dar.

Zudem gehören Studierende zur Gruppe der Geringverdienenden. Sie können sich monatliche Testkosten von bis zu CHF 700.- pro Monat nicht leisten. Für Studierende stellen kostenpflichtige Tests eine starke Diskriminierung in der Bildung dar. Kostenpflichtige Tests bedeuten für Studierende den faktischen Impfzwang. Ein selbstbestimmter Impfscheid würde den Studierenden verunmöglicht.

Um diesen Umstand ein wenig zu entschärfen, fordert der Motionär, dass der Kanton Basel-Stadt ab dem 11. Oktober für die Testkosten von oben erwähnten Studierenden aufkommt. Zudem soll den Studierenden eine bedürfnisgerechte Testinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Sollte der Bund beschliessen, dass das Covid-Zertifikat an Bildungseinrichtungen nicht mehr zur Anwendung kommen darf, so wird die geforderte Kostenübernahme hinfällig. Absprachen mit anderen Kantonen der Nordwestschweiz sind willkommen. Jedoch darf die Umsetzung des Motionsanliegens nicht von diesen Absprachen abhängig gemacht werden.

David Trachsel

6. Motion betreffend der Reduktion der Baustellenbelastung sowie der Nutzung des Stadtraum-Umgestaltungspotenzials durch Nutzung von Synergien beim Fernwärme-Ausbau

21.5638.01

Aus Koordinationsgründen mit dem UVEK-Bericht 20.1394.02 «Ausbau der leitungsgebundenen Wärmeversorgung durch die IWB Industrielle Werke Basel» wird Dringlichkeit beantragt.

In Erfüllung der Motion Dominique König-Lüdin und Consorten betreffend Ausbau Fern- und Nahwärme erarbeitete der Regierungsrat den Ratschlag betreffend Ausbau der leitungsgebundenen Wärmeversorgung durch die IWB [Schreiben Nr. 20.1394.01]. Die optimierte zeitliche Planung sieht eine Umsetzung des Vorhabens im Projektperimeter binnen fünfzehn Jahren vor. Die UVEK steht hinter dem Zeitplan und spricht sich für den geplanten

Fernwärme-Ausbau innert 15 Jahren aus. Sie gibt diesem Zeitplan höchste Priorität. Sie verlangt jedoch zusätzliche Begleitmassnahmen, damit langfristig die Belastungen durch Baustellen reduziert sowie die Umgestaltungspotentiale genutzt werden.

Durch den Fernwärme-Ausbau entstehen gemäss Schätzung des Regierungsrates rund 60 Baustellenkilometer (entspricht ca. 20% des Strassennetzes) in den nächsten 15 Jahren, oder 45 zusätzliche Baustellen pro Jahr. Damit dieser Zeitplan eingehalten werden kann, wird teilweise von den im Geschäftsmodell Infrastruktur hinterlegten Fristen abgewichen. In diesem Zusammenhang schätzt der Regierungsrat Kosten von mindestens 65 Mio. Franken für die Entschädigung von Restwerten bestehender, anderer Infrastruktur.

Im Zusammenhang mit der leitungsgebundenen Wärmeversorgung sind oft substanzielle Eingriffe im Strassenraum nötig. Gemäss heutiger Schätzung seitens BVD würden 50 bis 85% der Fernwärme-Baustellen ohne Nutzung von Synergien mit anderen Baumassnahmen und ohne Ausschöpfung möglicher Umgestaltungspotenziale durchgeführt.

Die UVEK fordert mit dieser Motion im Hinblick auf die baulichen Massnahmen ein koordinierteres Vorgehen. Wenn ohnehin in den kommenden Jahren rund 20% des Strassennetzes umgebaut werden, soll anstelle von 1:1-Ersatzgestaltungen das Potenzial für Umgestaltungen im öffentlichen Raum ausgeschöpft und durch die Nutzung von Synergien die Anzahl Baustellen langfristig reduziert werden. Die zwei Anliegen ergänzen sich. Die Kommission hat das Gebot zum koordinierten Ausbau der Fernwärme im Grossratsbeschluss zur Genehmigung und Finanzierung der Investitionen der IWB verankert und möchte den Regierungsrat mit dieser Motion zu den dafür nötigen Massnahmen verpflichten.

Erstes Ziel der Begleitmassnahmen: Dank Nutzung von Synergien die Anzahl Baustellen und damit negative Auswirkungen auf die Wirtschaft und Bevölkerung übers Ganze betrachtet reduzieren.

Die Zahl der im Rahmen des Ausbaus der leitungsgebundenen Wärmeversorgung unkoordinierten Baustellen von prognostiziert bis zu 85% soll auf einen tieferen Wert gesenkt werden, um nach den 15 Jahren weniger Baustellen zu haben und damit auch die Baustellenfrequenz langfristig zu reduzieren.

Zweites Ziel der Begleitmassnahmen: Umgestaltungspotenziale nutzen, Begrünungsmöglichkeiten ausschöpfen und wenigstens nicht verunmöglichen (ober- und unterirdisch).

Unter Umgestaltungspotenzialen versteht die UVEK mögliche Massnahmen zu Gunsten der Lebensqualität (Stadtklima, Lärmschutz und Aufenthaltsqualität) und der gesetzlich verankerten Förderung und Bevorzugung des umweltfreundlichen Verkehrs (USG §13ff).

Konsequenz: Die UVEK fordert mit dieser Motion demnach eine Triage zur Nutzung von Synergien zur langfristigen Baustellenreduktion sowie zur Ausschöpfung von Umgestaltungspotenzialen. Diese Triage soll sofort nach Überweisung der Motion angegangen und deren Umsetzung soll mit dem Fortschreiten des Fernwärmeausbaus geschehen. Es ist ferner zu prüfen, ob Massnahmen mit ökologischem Wert und im Sinne der Stadtklima-Adaption über den Mehrwertabgabefonds finanziert werden können.

Die UVEK beauftragt den Regierungsrat darum, folgende Punkte an die Hand zu nehmen:

1. Eine Verstärkung der Koordinationsaktivitäten bei Fernwärme-Baustellen zur Nutzung des Umgestaltungspotenzials und langfristigen Baustellenreduktion;
2. Eine Konzeption gemäss den obigen Zielen (Baustellenanzahl und Frequenz reduzieren und Potenziale nutzen bzw. nicht verunmöglichen) auszuarbeiten inkl. Sicherstellung des Ressourcenmehrbedarfs (Personal, Sachmittel, Plafond) für den Zeitraum des Fernwärmeausbaus gemäss Ratschlag unter Berücksichtigung der Einhaltung des Ziels einer Umsetzung in 15 Jahren. Die Konzeption zeigt die finanziellen Folgen auf.
 - a. erstmals auf das Budget 2023 für die bereits laufende Startphase
 - b. binnen zwölf Monaten für die verbleibenden Jahre;
3. Zu prüfen, aus welchen Quellen die Projektphasen (Planung, Projektierung, Umsetzung) finanziert werden können;
4. Dem Grossen Rat alle drei Jahre zum Fortgang der Koordinations-, Planungs- sowie Bauarbeiten in Zusammenhang mit dem Fernwärmenetzausbau zu berichten.

Für die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission: Raphael Fuhrer, Präsident

Anzüge

1. **Anzug betreffend «Gemeinsam statt einsam - Cluster-Wohnungen für Basel»**
(vom 20. Oktober 2021)

21.5585.01

Oft leben ältere Menschen nach dem Verlust des Partners allein in einer Wohnung. Es ist nicht immer gewährleistet, dass Kinder und/oder Enkel in der Nähe wohnen, welche sich danach um dieses ältere Familienmitglied kümmern kann.

Dies steigert für ältere Menschen die Gefahr sozialer Isolation und das Bedürfnis nach einer Gemeinschaft. Fehlt es an sozialem Kontakt, lauert die Gefahr, aufgrund eines Gefühls von Einsamkeit und Überflüssigkeit in eine

Altersdepression zu fallen oder anderweitig krank zu werden. Ausserdem sind nicht mehr alle älteren Menschen in der Lage, die ganze Hausarbeit selbst zu tätigen. Oft wird dann im Familienverbund, sofern überhaupt Angehörige da sind, entschieden, dass der Gang ins Altersheim die beste Lösung ist.

Dabei ist klar, dass viele ältere Menschen gar nicht ins Altersheim wollen. Sie wollen selbstbestimmt weiterleben, möglichst bis zum Schluss. Dabei unterscheiden sich die Bedürfnisse der älteren Menschen kaum mehr von jenen der jüngeren Generation. Auch sie wollen möglichst zentrumsnah wohnen, guten Zugang zu Kulturangeboten, Dienstleistungen oder zu medizinischer Versorgung haben. Die Weltgesundheitsorganisation WHO nennt diesen Trend «All-age-friendly cities».

Um diesen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, werden derzeit neue Wohnformen geschaffen. Ein grosses Thema sind dabei die sogenannten Cluster-Wohnungen. Eine Clusterwohnung ist eine Kreuzung zwischen einer WG und einer Kleinwohnung. Die Wohnform lässt ein Maximum an gemeinschaftlichem Leben zu und ermöglicht zugleich den Rückzug in die eigene komplette Wohnung, was gerade für ältere Menschen ein Bedürfnis bleibt. Beispiele dieser neueren Wohnformen findet man bspw. im Berliner Projekt Spreefeld. Dort leben elf Personen zwischen 16 und 74 Jahren zusammen - Singles, Paare, eine Familie, Sie wohnen in eigenen Apartments, die über eine Kochnische und ein eigenes Bad verfügen. Kernstück des Clusters ist der Gemeinschaftsraum mit Küche und Wohnbereich, Idee ist dabei v.a. auch, dass gewisse Dinge gemeinsam gemacht werden können - oder aber Einzelne für die Anderen Dinge erledigen (bspw. das Einkaufen schwerer Dinge durch die Jüngeren, das Hüten der Kinder durch die Älteren etc.).

Auch in Basel gibt es erste Projekte hierzu. So wird diese Wohnform auf dem Gundeli, dem Erlenmatt oder auch vom Bürgerspital auf dem neuen Westfeld-Areal (ex-Felix Platter-Spital) in ähnlichen Umfang erprobt. Grosse Immobilienentwickler prüfen derartige Projekte, da auch sie das künftige Bedürfnis nach dieser Wohnform erkennen.

Die Anzugsstellenden sind überzeugt, dass diese Wohnform gerade für ein städtisches Umfeld grosse Chancen bietet und die Lebensqualität von, gerade alleinstehenden, Menschen nachhaltig verbessern kann. Diese Lebensqualitätssteigerung kann dazu führen, dass ältere Menschen weniger oft erkranken oder andere medizinische Hilfe in Anspruch nehmen müssen und ggf. so auch den Gang in ein Alters- und Pflegeheim erst viel später antreten müssen, was weitere sozioökonomische Vorteile mit sich bringen kann.

Der Kanton Basel-Stadt verfügt via Immobilien Basel-Stadt über ein umfangreiches Immobilien-Portfolio (Finanzvermögen und via PKBS) und beteiligt sich direkt oder indirekt an Bauprojekten. Es macht aus Sicht der Anzugsstellenden deshalb Sinn, dass auch Basel-Stadt in diesem Bereich Möglichkeiten evaluiert.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, wie bei der Weiterentwicklung des Immobilien-Portfolios ein Angebot Wohnungen geschaffen werden kann.

Joël Thüring, Laurin Hoppler, Marianne Hazenkamp-von Arx, Eric Weber, Michael Hug, Claudia Baumgartner, Sandra Bothe, Johannes Sieber, Catherine Alioth, Brigitte Gysin, Jenny Schweizer, Christoph Hochuli, Toya Krummenacher, Beatrice Messerli, Daniela Stumpf, Balz Herter

2. Anzug betreffend Plastiküberzug über die Mikrofone im Parlament
(vom 20. Oktober 2021)

21.5608.01

Wir müssen auf unsere Gesundheit Acht geben.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie erreicht werden kann, dass über jedes Mikrofon im Parlament ein Plastik-Überzug kommt.

Eric Weber

3. Anzug betreffend Sitzverteilung der Grossratswahlen soll wieder in die Grossrats-Broschüre (vom 20. Oktober 2021)

21.5609.01

Der Grosse Rat hat eine wunderbar gemachte Broschüre. In dieser stand im Jahr 2012 noch die Sitzverteilung der letzten 40 Jahre. Das stand auf der letzten Seite.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, dass erreicht werden kann, dass die Sitzverteilung der letzten 40 bis 60 Jahre bitte wieder Aufnahme findet in der Broschüre des Basler Grossen Rates. Danke.

Eric Weber

4. Anzug betreffend weniger Recht für Fraktionslose Grossräte
(vom 20. Oktober 2021)

21.5610.01

Im Basler Parlament gibt es eine grosse Lücke, die es Z.B. im Deutschen Bundestag oder im Europa-Parlament gar nicht gibt. Auch nicht in den Deutschen Landtagen. Aber in Basel.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, dass Fraktionslose und Parteien gemäss ihrer Stärke eine bestimmte Zahl an Anzügen und Motionen und Schriftlichen Anfragen einreichen dürfen, die dann im Plenum mit einer genau festgelegten Redezeit debattiert werden.

Eric Weber

5. Anzug betreffend Debattierclubs (vom 20. Oktober 2021)

21.5611.01

Interessanterweise lebten die geistigen Väter der modernen Demokratie (Rousseau, Hume, Locke und Montesquieu) in einer Zeit vor der Nachrichtenschwemme. Und ja, es gab damals den gehaltvollen politischen Diskurs. Einerseits wurde er über Bücher, Pamphlete, Essays, Debattierclubs und öffentliche Versammlungen geführt. Andererseits schossen überall politische Salons aus dem Boden - interessanterweise meist von Frauen geführt-, die zu einem lebhaften politischen Diskurs beitrugen.

Die grossen demokratischen Umwälzungen der letzten vierhundert Jahre – die Amerikanische Revolution, die Französische Revolution, die Revolution von 1848, der Fall der DDR - brauchen keine Tagesschau, keine Nachrichtenportale und keine News-Feeds. Im Gegensatz dazu haben news-getriebene demokratische Bewegungen versagt - Stichwort „Arabischer Frühling“.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie in Basel oder intern im Grossen Rat (z.B. für einen jeden ersten Samstag im Monat) ein Debattier-Club eingeführt werden kann, an dem alle demokratisch gewählten Parteien daran teilnehmen können mit ihren Vertretern. Dass wir in Basel wieder einen eleganten politischen Salon haben.

Eric Weber

6. Anzug betreffend "EU-Filiale" der Universität Basel am «Oberrhein» (vom 20. Oktober 2021)

21.5625.01

Der Bundesrat entschied vor kurzem, die Verhandlungen mit der EU über das institutionelle Rahmenabkommen abzubrechen. Das hat für die Schweiz und ganz besonders für die Region Basel Konsequenzen. Für die Universität, die Fachhochschule und andere Forschungsinstitutionen bedeutet dieser Abbruch die sehr reale Gefahr, bei europäischen Forschungsprogrammen rauszufliegen und/oder bei neuen Programmen nicht berücksichtigt zu werden. Für den Standort Basel ist dies besonders heikel und schadet der Region langfristig.

Forscherinnen und Forscher sind damit immer häufiger vor die Frage gestellt, ob sie ihr Forschungsprojekt nicht besser an einer Uni innerhalb der EU durchführen sollen, welche weiterhin über die Fördergelder verfügen kann. Es gab in diesem Zusammenhang bereits Berichte, wonach Forschende der Uni Basel von EU-Institutionen „abgeworfen“ werden, denn mit einem Wechsel an eine Hochschule in der EU wären die EU-Fördergelder und die Partizipation an EU-Programmen gewährleistet. Es darf nicht dazu kommen, dass die Schweiz ihre Forscherinnen und Forscher aufgrund von fehlender Abkommen mit der EU verliert. Langfristig ist eine Lösung für Schweizer Hochschulen nötig, um nicht auf Dauer aus EU-Forschungsprogrammen ausgeschlossen zu bleiben. Die Gründung von Uni Filialen im Ausland entspricht einem weltweiten Trend: 2017 hatte Oxford etwa die Idee, eine Filiale in Paris zu gründen als Reaktion auf den Brexit.

In diesem Zusammenhang bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- ob die Universität Basel eine «Tochter-Universität» im grenznahen Ausland gründen könnte (z.B. in den freigewordenen Flächen des ehemaligen Kernkraftwerks Fessenheim, aber auch Z.B. in Lörrach oder in Weil am Rhein),
- wie die bestehende Beteiligung am trinationalen Campus Eucor (Basel - Strasbourg - Freiburg i.Br. - Karlsruhe „Oberrhein-Campus“) genutzt, angepasst oder ausgebaut werden könnte,
- welche anderen Möglichkeiten in Betracht gezogen und weiten/erfolgt werden könnten.

Andrea Elisabeth Knellwolf, Andrea Strahm, Brigitte Gysin, Thomas Widmer-Huber, Daniel Albiets, Michela Seggiani, Tim Cuénod, Melanie Hazenkamp-von Arx, Nicole Strahm-Lavanchy, Christoph Hochuli, Sandra Bothe, Beatrice Isler, Niggi Daniel Rechsteiner, Claudia Baumgartner

7. Anzug betreffend übermässige Vermehrung von Freigängerkatzen / Tierwohl für Streunerkatzen (vom 20. Oktober 2021)

21.5630.01

Katzen sind harzig und nebst Hunden die beliebtesten Haustiere. Sie sind Sympathieträgerinnen und verhelfen - insbesondere auch in Covid-19-Zeiten - manch einsamem oder gestresstem Menschen zu mehr Lebensfreude und Wohlbefinden. Aber sie können sich, falls nicht kontrolliert, rasant vermehren und schaden so als erfolgreiche Jägerinnen zunehmend auch der Biodiversität (Vögel, Reptilien). In der Schweiz gibt es aktuell über 1,7 Millionen gehaltene Katzen. Zusätzlich zu diesen leben hierzulande gemäss Schätzungen 100'000 bis 300'000 streunende und sich damit unkontrolliert vermehrende Tiere, verursacht zu einem grossen Teil auch durch gehaltene Katzen mit Freigang.

Die unkontrollierte Vermehrung führt zu viel Leid bei den herrenlosen Tieren, die oftmals krank und unterernährt sind. Wenn es nicht mehr passt, landen zudem nicht mehr erwünschte Katzen bzw. unerwünschte Jungkatzen häufig in völlig ausgelasteten Tierheimen oder werden illegal qualvoll getötet (Hochrechnungen gehen davon aus, dass rund 100'000 Katzen pro Jahr in der Schweiz getötet werden, weil sie unerwünscht sind), so sie denn nicht ohnehin draussen bereits an Krankheit und/oder Unterernährung gestorben sind. Ausserdem führen gerade im urbanen Bereich zu viele Katzen auf zu kleinem Raum zu Revierkämpfen dieser grundsätzlichen Einzelgängerinnen und (nicht nur dadurch) zu grossen Stresssituationen, verbunden mit einem hohen Verletzungsrisiko.

Eine der Hauptursachen für die Streunerpopulationen im urbanen Raum liegt darin, dass zu viele Freigängerkatzen von Privathaushalten, die sich in Basel etwa in Schrebergärten und auf Industriearealen aufhalten, nicht kastriert sind. Diese sorgen in der Folge zusammen mit herrenlosen, unkastrierten Tieren, die zum Teil auch von umliegenden ländlichen Gebieten zuwandern können, ständig für weiteren Nachwuchs.

Das zielführendste und tiergerechteste Mittel gegen die stetig steigende Katzenpopulation wäre folglich eine Kastrationspflicht für Freigängerkatzen. Eine solche hätte einen direkten und nachhaltigen Einfluss auf die Streunerpopulation. Zwar werden in der Schweiz schon heute Haltende von Freigängerkatzen dazu aufgefordert, ihre Tiere zu kastrieren. Dies geschieht jedoch freiwillig nicht ausreichend, weswegen eine deutliche Auswirkung auf die Katzenpopulation bisher ausgeblieben ist. Tierschutzorganisationen sammeln auch in Basel - in Absprache mit und bewilligt vom kantonalen Veterinäramt - regelmässig streunende Katzen zwecks Kastration und medizinischer Versorgung ein.

Zwar sieht der sehr allgemein gehaltene Art. 25 Abs. 4 der eidgenössischen Tierschutzverordnung (TSchV, SR 455.1) vor, dass Tierhaltende die zumutbaren Massnahmen treffen müssen, um zu verhindern, dass sich die Tiere übermässig vermehren. Trotzdem findet gerade bei Katzen keine angemessene Populationskontrolle statt, da die wirkungsvolle Umsetzung von zumutbaren Massnahmen bislang weder auf nationaler noch auf kantonaler Ebene präzisiert, geschweige denn kontrolliert wird. Entsprechend schreibt der Bundesrat in seiner Antwort auf einen analogen nationalen Vorstoss (Motion 18.4119), dass angesichts der föderalen Aufgabenteilung allfällige Kastrationskampagnen in die Kompetenz der Kantone fallen würden.

Um vor diesem Hintergrund das bestehende Tierleid wirkungsvoll und v.a. nachhaltig zu vermindern, bitten wir den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten,

- wie sich die Lage im Kanton Basel-Stadt gestaltet (unter Beizug der betreffenden Tierschutzorganisationen und, bei Vorhandensein entsprechender Daten, im Vergleich zu anderen Kantonen);
- ob der Regierungsrat aufgrund der entsprechenden Analyse die Einführung einer Kastrationspflicht für Freigängerkatzen als sinnvolle Massnahme zur Eindämmung des ständigen Nachwuchses von Streunerkatzen befürwortet und bereit ist, diese einzuführen;
- ob die übermässige Vermehrung von Katzen zusätzlich mit einer Chip-Pflicht für gehaltene (Freigänger)katzen eingedämmt werden soll (Kontrollinstrument);
- ob andere (zusätzliche) Massnahmen für eine wirksame Populationskontrolle geeignet(er) sind (z.B. Aufklärungskampagne, Anreizsysteme);
- ob in Präzisierung des Bundesrechts die kantonale Tierschutzverordnung (SG 365.500) alle diese Massnahmen zulässt bzw. welche Vorkehrungen getroffen werden müssen, um diese umzusetzen.

Claudia Baumgartner, Sandra Bothe, Felix Wehrli, Lea Wirz, Roger Stalder, Lukas Faesch, Jenny Schweizer, Bülent Pekerman, Jeremy Stephenson, Andrea Elisabeth Knellwolf, Brigitte Kühne, Raphael Fuhrer, Christoph Hochuli, Raffaella Hanauer, Niggi Daniel Rechsteiner, Toya Krummenacher, Alex Ebi, André Auderset

8. Anzug betreffend Strategie gegen Einsamkeit (vom 20. Oktober 2021)

21.5646.01

Jede dritte Person in der Schweiz fühlt sich gemäss einer epidemiologischen Studie der Universität Zürich einsam. Einsamkeit ist, wissenschaftlich belegt, so schädlich wie das Rauchen. Sie verkürzt die Lebenserwartung und macht psychisch und körperlich krank. Einsamkeit ist ein gesellschaftliches Problem.

Im Kanton Basel-Stadt lebt rund ein Viertel der Bevölkerung in einem Einpersonenhaushalt. Bei den über 60-Jährigen sind es 40 Prozent. Einsamkeit ist ein Thema im Alter. Aber nicht nur! Sie betrifft zum Beispiel zunehmend auch junge Menschen, Alleinerziehende oder «ganz normale Erwachsene», die tagsüber arbeiten und sich abends zuhause hinter den Fernseher verziehen. Durch die Covid-Pandemie hat die psychische Belastung generell zugenommen. Ein wichtiger Faktor spielen dabei die verstärkte Einsamkeit und soziale Isolation, die durch die Pandemie auch sichtbarer geworden sind.

Verschiedene zivilgesellschaftliche Institutionen leisten mit ihrer Arbeit einen Beitrag gegen die Einsamkeit. Zum Beispiel die Landeskirchen mit ihren Mittagstischen für ältere Mitmenschen, die Quartierarbeit oder Vereine der Nachbarschaftshilfe. In einem Kanton mit 50 Prozent Konfessionslosen stellt sich aber die Frage, welche Strukturen diese Menschen erreichen. Andersorts wird die Einsamkeit offensiver angegangen. In Grossbritannien gibt es eigens ein Ministerium gegen Einsamkeit, welches Pionierarbeit leistet.

Auch Basel-Stadt braucht eine Strategie gegen Einsamkeit. Das Engagement gegen Einsamkeit soll ein Bestandteil der Abteilung Stadtteilentwicklung werden. Es braucht eine wissenschaftliche Analyse der Verbreitung von Einsamkeit und ihrer gesundheitlichen Auswirkungen in Basel-Stadt, die Erfassung bestehender Angebote von

zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und neue zielgruppengerichtete Pilotprojekte. Diese in den Quartieren koordiniert werden. Gefördert werden sollen insbesondere innovative Projekte von neuen Initiativen und weniger von bereits etablierten Institutionen.

Die Unterzeichnenden bieten den Regierungsrat zu prüfen und berichten,

- wie weit Einsamkeit in welchen Bevölkerungsgruppen verbreitet ist, ob dabei geschlechtsspezifische Unterschiede feststellbar sind und welche gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen damit verbunden sind.
- welche Eckpunkte eine kantonale Strategie gegen Einsamkeit umfassen sollte.
- welche zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereine zu diesem Thema bestehen und inwiefern diese förderungswürdig sind
- wie in einem Aktionsprogramm Pilotprojekte zivilgesellschaftlicher Akteur:innen angestossen oder unterstützt werden könnten.

Pascal Pfister, Beda Baumgartner, Jessica Brandenburger, Mahir Kabakci, Sandra Bothe, Franz-Xaver Leonhardt, Edibe Gölgeci, Nicole Amacher, Christoph Hochuli, Andrea Strahm, Thomas Widmer-Huber, René Brigger, Claudio Miozzari, Semseddin Yilmaz, Johannes Sieber

9. Anzug betreffend Abschaffung der metallenen Registrierungsmarke bei Hunden
(vom 20. Oktober 2021)

21.5647.01

Jeder in Basel gehaltene Hund muss spätestens 3 Monate nach der Geburt, bzw. 10 Tage nach der Einfuhr mit einem Microchip bei der schweizerischen Chipstelle AMICUS gekennzeichnet und registriert werden. Die zuständigen Behörden (Kantonspolizei, Veterinäramt) können mit einem Lesegerät jeden Hund samt Besitzer jederzeit identifizieren und damit gleichzeitig auch feststellen, ob die Hundesteuer bezahlt ist.

Daneben muss jeder im Kanton Basel-Stadt gehaltene Hund eine metallene Registrierungsmarke (früher Hundemarke), welche dem Hund lebenslang gehört, zwingend und gut sichtbar am Halsband oder Geschirr tragen, die vom Veterinäramt für jeden neuen Hund gratis abgegeben wird. Zur Begründung wird ausgeführt, dass dadurch Hunde auch ohne Chiplesegerät identifiziert werden können. Diese Argumentation, die in der Vergangenheit ohne Chiptechnik seine Berechtigung hatte, ist heute nicht mehr zeitgemäss. Diese vorsintflutlich anmutende Art der Doppelregistrierung (metallene Marke und Chip) verursacht bei 5146 in Basel-Stadt gehaltenen Hunden (Jahresbericht Veterinäramt BS 2020 S. 27) auf Behördenseite einen beträchtlichen unnötigen personellen wie pekuniären Aufwand. Herstellung, Prägung, Verwaltung, Kontrolle und Ausgabe dieser Marken stehen in keinem Verhältnis zum praktisch nicht vorhandenen Nutzen, da jeder Hund via Chiplesegerät einwandfrei jederzeit identifizierbar ist. Daneben hat der Halter die nur mittels Zange erfüllbare Pflicht, bei jedem Halsbandwechsel bzw. bei zeitweiser Nutzung eines Geschirrs diese Marke neu anzubringen. Aus diesen Gründen haben bereits andere Kantone diese veraltete Registrierungsmarke abgeschafft.

Die Anzugsteller halten diese doppelspurige Praxis, die zudem unnötig Personal- und Materialressourcen bindet, für überholt und nicht halterfreundlich. Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat deshalb zu prüfen und zu berichten, ob die Hunderegistrierungsmarke abgeschafft werden kann bei entsprechender Änderung des Hundegesetzes vom 14.12.2006 und/oder die Hundeverordnung vom 10.07.2007.

Lukas Faesch, Joël Thüning, Georg Mattmüller, Daniela Stumpf, Pascal Messerli, Beat von Wartburg, Olivier Battaglia, François Bocherens, Lydia Isler-Christ, Claudia Baumgartner, Johannes Sieber, Jenny Schweizer, Beatrice Isler, Andrea Strahm, Roger Stalder, Alex Ebi, Raoul I. Furlano, Bülent Pekerman, Michael Hug

10. Anzug betreffend wer sich impfen lässt, bekommt auch in Basel eine Bratwurst
(vom 20. Oktober 2021)

21.5673.01

Es ging durch alle deutschsprachigen Medien in Deutschland, Austria und der Schweiz. Wer sich impfen liess, bekam im thüringischen Sonnenberg eine Bratwurst. Über 500 Menschen haben sich den Impfstoff und die Bratwurst einverleibt.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie in Basel die Impfbereitschaft erhöht werden kann, Z.B. mit Gratis-Essen.

Eric Weber

11. Anzug betreffend Vereidigung der neuen Grossräte (vom 20. Oktober 2021)

21.5678.01

Viele Parlamente haben am ersten Tag ihrer neuen Sitzungszeit immer eine Vereidigung aller Grossräte. Das Basler Parlament kennt das nicht.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, dass ab Februar 2025 alle Grossräte auch in Basel bei Amtsantritt vereidigt werden.

Eric Weber

12. Anzug betreffend Unfall-Versicherung für Grossräte (vom 20. Oktober 2021)

21.5679.01

Jeder Grossrat bekommt einen Lohnzettel vom Kanton. Grosser Rat ist eine normale Arbeit.

Verunfallt ein Grossrat auf dem Weg zum Parlament oder vom Parlament nach Hause, was ist dann.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie es genau mit der Unfall-Versicherung und sonstigen Leistungen konkret aussieht.

Eric Weber

13. Anzug betreffend Verkleinerung des Grossen Rates auf 80 Sitze (vom 20. Oktober 2021)

21.5680.01

Mit seinen 100 Abgeordneten, bei nur 200 000 Einwohnern, leistet sich Basel-Stadt eines der grössten Parlamente der Schweiz.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, wie der Grosse Rat Basel-Stadt auf 80 Sitze reduziert werden kann.

Eric Weber

14. Anzug betreffend Grossrat mit den meisten Amtsjahren darf auch die neue Legislatur-Periode eröffnen (vom 20. Oktober 2021)

21.5681.01

Seit ein paar Jahren eröffnet nicht nur der Alterspräsident das Parlament, sondern auch der jüngste Grossrat.

Wichtig sind aber auch Grossräte, die schon lange gedient haben.

Das Büro des Grossen Rates wird gebeten zu prüfen, dass auch der amtsälteste und eben dienstälteste Grossrat auch die neue Legislatur eröffnen kann und darf.

Eric Weber

Interpellationen

Interpellation Nr. 116 (Oktober 2021)

21.5634.01

betreffend Haltestelle Klybeck im Rahmen der neuen S-Bahn-Verbindung «Herzstück»

Das Bundesamt für Verkehr prüft mit einer Vorstudie die Idee eines Tiefbahnhofs Basel SBB und eine neue S-Bahn-Verbindung zwischen Basel SBB und Badischer Bahnhof («Herzstück»), mit einer neuen Haltestelle «Basel Mitte» (Medienmitteilung BVD vom 25.06.2021). Weitere Haltestellen wie diejenige im Klybeck sollen erst «im Rahmen weiterer Planungsschritte» geprüft werden. Im neuen Stadtquartier im Klybeck wollen die Eigentümerinnen und der Kanton mit der Transformation des heutigen Industrieareals Wohnungen für 10'000 Menschen und gegen 6000 Arbeitsplätze schaffen. Es braucht einen grossen Ausbau des ÖV. Der Regierungsrat schreibt in der Medienmitteilung selbst, dass es «für Basel und auch für die ganze Region zentral» sei, «dass eine Linienführung gewählt wird, die eine Haltestelle Klybeck miteinschliesst».

Der Regierungsrat wird gebeten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- Warum ist die so wichtige Haltestelle Klybeck nicht Teil der Vorstudie?
- Hat der Regierungsrat dieses Anliegen aktiv eingebracht und weshalb ist er nicht durchgedrungen?
- Was unternimmt der Regierungsrat, damit die Haltestelle im Planungsprozess nicht auf der Strecke bleibt?
- Was ist der Plan B, wenn die Haltestelle nicht realisiert wird oder viel später als für die Entwicklung des Klybeck notwendig?

Jeremy Stephenson

Interpellation Nr. 117 (Oktober 2021)

21.5635.01

betreffend Stellplätze für Wohnmobiltourismus

Der Trend des Wohnmobiltourismus ist seit 10 Jahren steigend und wurde seit Beginn der Pandemie sehr verstärkt. Der Trend zur spontanen Reise ohne Vorreservation in einem eigenen Heim mit eigener Toilette, Bett und Küche wird sich auch in den nächsten Jahren verstärken. Zum einen werden die Pensionäre rüstiger, zum anderen merkt man, dass lange Vorausbuchungen für Reisen nicht ideal sind. In den letzten 20 Jahren haben sich die Zulassungen von Wohnmobilen vervierfacht. Die Infrastruktur von Wohnmobilstellplätzen und WC-Entsorgungsstationen hat da nicht Schritt gehalten.

Im ganze Kanton Basel-Stadt gibt es für die Besitzer und Touristen keine Möglichkeit, ihre Toiletten und das Grauwasser (Abwasser) zu entsorgen. Ebenso können die Wohnmobiltouristen Basel nicht besuchen, da es keine geeigneten Plätze gibt. Die einzige Möglichkeit, legal das Wohnmobil abzustellen ist an der Bäumlhofstrasse, die Plätze sind aber gegenwärtig wegen Baustellen gesperrt, zudem lädt diese Möglichkeit nicht dazu ein, auch über Nacht zu bleiben.

Städtereisen werden auch bei den Wohnmobilen und Freizeitfahrzeugen immer beliebter, jede reisende Person aus diesem Segment gibt durchschnittlich pro Tag ca. CHF 80 im Zielgebiet aus. Da diese Touristen sehr mobil sind, wird dorthin gefahren, wo es Stellplätze gibt. Im Gegensatz zu Deutschland und Frankreich gibt es in grösseren Städten in der Schweiz erst in St. Gallen und Aarau die Möglichkeit, mit einem Wohnmobil eine Stadt zu besichtigen.

Die Dachorganisation Wohnmobilland Schweiz, www.womoland.ch, ist aktiv auf der Suche nach Abstellplätzen in unserem Land und hilft als Profi in Sachen Wohnmobil-Stellplatz bei der Beratung der Städte und beim Einrichten derselben. Die Bemühungen des Präsidenten von Wohnmobilland Schweiz, in Basel – der Museums- und Kulturstadt schlechthin – Wohnmobil-Stellplätze zu optimieren, resp. neue einzurichten verliefen im Sand. Das Bau- und Verkehrsdepartement stellte sich auf den Standpunkt, man könne erst etwas machen, wenn Basel Tourismus hier aktiv werde. Basel Tourismus wiederum verwies auf das Bau- und Verkehrsdepartement: ohne Politik und Ämter könne man hier nichts organisieren. Beide erklären sich für nicht zuständig und schieben die Verantwortung oder den Entscheid jeweils dem anderen Partner zu.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie steht die Regierung generell zur Zunahme des Wohnmobiltourismus? Gibt es ein Konzept?
2. Welche Massnahmen wären nach Meinung der Regierung notwendig und/oder sinnvoll?
3. Ist es richtig, dass das Bau- und Verkehrsdepartement – obwohl es ohne BVD wahrscheinlich nicht geht - einen Entscheid auf Basel Tourismus „abschiebt“? Falls ja, Warum?
4. Wäre ggf. die Regierung bereit, aktiv auf Basel Tourismus und auf Wohnmobilland Schweiz zuzugehen, um das Ansinnen proaktiv aufzugreifen?

Beatrice Isler

Interpellation Nr. 118 (Oktober 2021)

21.5636.01

betreffend wie werden Mädchen und Frauen in Basel geschützt?

Die Konrad Adenauer Stiftung in Deutschland, die von der CDU ist, gab über den Herder Verlag einen Leitfaden für Flüchtlinge heraus. Das Buch heisst: Deutschland. Erste Informationen für Flüchtlinge.

Auf Seite 126 steht: „Die meisten deutschen Frauen mögen es nicht, wenn sie zu offensiv kontaktiert („angemacht“) werden. Bei den ersten Begegnungen sollte man lieber zurückhaltend sein.“

Auf Seite 132 steht: „Viele Mädchen und Frauen sind im Sommer nur leicht bekleidet. Auch das ist normal.“

Ich sehe, dass hier Menschen aus einem ganz anderen Kulturkreis nach Europa und nach Basel kommen. Und es gibt Probleme.

Was in diesem Buch für Asylanten steht, ist uns Baslern bekannt. Aber eben nicht den Asylanten und Fremden.

1. Was für Merkblätter oder was für Infomaterial gibt es diesbezüglich in Basel? Werden die jungen Männer, die hier um Asyl nachfragen, aufgeklärt, wie man mit Mädchen und Frauen umgeht?
2. Wie werden Mädchen und Frauen in Basel geschützt? Gibt es auch ein Info-Angebot an die einheimische Bevölkerung, wo Z.B. steht, dass junge Frauen besonders gut aufpassen sollen, wenn sie auf dem Weg allein durch die Stadt oder durch einen Park sind?
3. Nahmen die sexuellen Belästigungen von Mädchen und Frauen in den letzten fünf Jahren in Basel zu? Wenn ja, was könnten die Gründe sein?

Eric Weber

Interpellation Nr. 119 (Oktober 2021)

21.5639.01

betreffend Latein-Unterricht

Seit Jahren geht der Latein-Unterricht an den Basler Gymnasien zurück, obwohl die lateinische Sprache u.a. Basis

unserer Kultur ist und das Verständnis für historische und sprachliche Zusammenhänge öffnet. Die fast vollständige Abschaffung des Latein-Unterrichts in Basel passt einerseits schlecht zur ständig gepriesenen Tradition der Humanistenstadt und andererseits steht die Entwicklung im Widerspruch zu deutschen Bundesländern, insbesondere Bayern, wo Latein-Unterricht gefördert wird. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Stimmt der Regierungsrat zu, dass der Rückgang des Latein-Unterrichts an den Basler Gymnasien einen grossen kulturellen Verlust darstellt?
2. Wie viele Schülerinnen und Schüler besuchen zur Zeit an Basler Gymnasien den Latein-Unterricht und wie viele Latein-Lehrer sind noch angestellt?
3. Welche Massnahmen will der Regierungsrat unternehmen, um den Latein-Unterricht zu fördern und bei den Schülerinnen und Schülern Interesse für dieses Fach zu wecken?
4. Welchen Einfluss hat die verkürzte Gymnasialzeit?
5. Wäre es möglich und sinnvoll, den Latein-Unterricht aufgrund der verkürzten Gymnasialzeit auf der Sekundarstufe vermehrt anzubieten?
6. Ist der Regierungsrat bereit, den Latein-Unterricht wieder an allen Basler Gymnasien zu ermöglichen?

Stefan Suter

Interpellation Nr. 120 (Oktober 2021)
betreffend Traulokale ermöglichen

21.5689.01

Der Kanton Basel-Stadt sollte sich bei Trauungen mehr trauen: Heiratswillige in Basel-Stadt haben für die zivile Eheschliessung derzeit ausschliesslich die Möglichkeit, am Sitz des Zivilstandesamtes an der Rittergasse zu heiraten. Auf Kantonsebene kann am Montag und Freitag noch in Riehen und Bettingen getraut werden. Die Trauung darf maximal 15 Minuten dauern, während die nächste Hochzeitsgesellschaft bereits im Vorzimmer wartet. Nach der Trauung können noch ein paar Fotos auf der Treppe des schmucken Gebäudes gemacht werden, ehe auch hier die nächste Gruppe wartet und die schöne Kulisse nutzen möchte.

Nicht nur die begrenzte Dauer, sondern auch die starke Nachfrage, sich an einem Samstag trauen zu lassen, wirken sehr limitierend in Basel-Stadt. Ausserdem gibt es Traugruppen, die schlichtweg zu gross sind für das Standesamt an der Rittergasse. Das alles sind Faktoren, die fremdbestimmt Schatten auf diesen "Tag der Tage" eines Paares werfen können – möglicherweise unnötigerweise. Zumal die zivile Trauung eine immer grössere Bedeutung als zunehmend einzige "zeremonielle" Aktbezeugung der Eheschliessung erhält.

Das aktuelle Angebot scheint daher nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen zu entsprechen. Mit der Annahme der "Ehe für Alle" wird dieser Umstand wohl noch verstärkt, da bereits jetzt mehr Traugesuche eingegangen sind, wie kürzlich zu lesen war.

In anderen Kantonen wie bspw. in Zürich und dem Aargau ist es möglich, dass Trauungen auch an weiteren – von der zuständigen Aufsichtsbehörde genehmigten – Lokalitäten angeboten werden. Auch in Basel könnten nach diesem Modell weitere Traulokale angeboten werden. Mit einer grösseren Auswahl könnten längere Trauungen mit mehr Gästen durchgeführt werden. Entsprechende Mehrkosten für die Lokalität würde zulasten der jeweiligen Hochzeitsgesellschaft gehen.

Basel bietet viele solcher Orte: So wäre das Haus zum Kirschgarten des Historischen Museums mit seinem schönen Gartenpavillon sehr geeignet oder auch das Wildt'sche Haus am Petersplatz, welches bereits heute oft für Hochzeitsfeiern gemietet wird. Für Häuser, die der öffentlichen Hand gehören, bieten sich auch die Vorteile, diese verstärkt der Bevölkerung zugänglich machen zu können und gleichzeitig Mehrerträge durch Fremdvermietungen zu generieren.

Aus diesen Gründen will der Interpellant von der Regierung wissen,

1. wie diese die derzeitige Situation bezüglich der Auslastung des Zivilstandesamts in Bezug auf Trauungen einschätzt?
2. ob sie sich vorstellen kann, (versuchsweise) Trauungen auch an weiteren, geeigneten Orten anzubieten?
3. mit welchen zusätzlichen Kosten ein Paar rechnen müsste, wenn es eine Trauung in einem alternativen Traulokal durchführen möchte?
4. ob sie der Meinung ist, dass durch ein solch zusätzliches Angebot, mehr Personal beim Zivilstandesamt angestellt werden müsste?
5. welchen Zeitbedarf sie für eine Umsetzung der notwendigen Massnahmen (evtl. Änderung Verordnung, Suche Lokalitäten, Genehmigung durch Aufsichtsbehörde etc.) vorsehen würde?

Michael Hug

Interpellation Nr. 121 (Oktober 2021)

21.5690.01

betreffend Wohnschutz, Klimaschutz und energetische Gebäudesanierungen

Basel-Stadt steht bei der Erneuerung seines Wohnraumes vor zwei grossen Herausforderungen:

1) Die Mieten steigen insbesondere aufgrund von Renditesanierungen seit Jahren weit stärker an als Konsument:innenpreise und Löhne. 2) Gleichzeitig sind vermehrt energetische Massnahmen angezeigt, um die Energieeffizienz der Gebäude zu verbessern und die Klimaziele zu erreichen.

Das schweizerische Mietrecht setzt bezüglich energetischer Massnahmen falsche Anreize, indem die Energieverbrauchskosten vollumfänglich auf die Mieterinnen überwältigt werden. Dadurch können die Eigentümer:innen der Immobilien diese Einsparungen nicht in die Amortisation der Investitionskosten einrechnen, wodurch ein zentraler Anreiz fehlt. Hingegen können Eigentümer:innen durch das Gebäudeprogramm von Bund und Kantonen von einer Vielzahl von Förderungsinstrumenten profitieren, insb. für die Bereiche:

1. Wärmedämmung der Gebäudehülle (Dach, Wände, Fenster)
2. Ersatz fossiler oder konventionell-elektrischer Heizungen durch Heizsysteme mit erneuerbaren Energien oder durch den Anschluss an ein Wärmenetz
3. Umfassende energetische Sanierungen oder Sanierungen in grösseren Etappen sowie Neubauten im Minergie-P Standard

Die Nationalen Forschungsprogramme 70 und 71 legen zudem nahe, folgende Punkte in die Überlegungen und Berechnungen miteinzubeziehen:

4. Schonender Umgang mit grauer Energie
5. Gebäudeintegrierte Photovoltaik
6. Verhalten der Gebäudenutzenden

Bau, Sanierung und Betrieb des Schweizer Gebäude- und Infrastrukturbestandes sind für einen signifikanten Anteil des Endenergieverbrauchs und der CO₂-Emissionen verantwortlich. 20 Prozent dieser Emissionen gehen auf Neubau, Sanierung, Umbau und Abbruch zurück. (<https://nfp-energie.ch/de/dossiers/193/cards/319>).

Als ein weiteres wichtiges Thema gilt es zu nennen:

7. Effizienter Flächenverbrauch

Der Klimastreik Basel schreibt in seinem Plan dazu: "Erfreulicherweise ist in den letzten Jahren die Energieeffizienz von Gebäuden gestiegen. Dieser Erfolg wurde leider durch eine Zunahme der Wohnungsfläche pro Person zunichte gemacht." (<https://uploads.strikinglycdn.com/files/5d0809cfd9ef-4ele-bcad-5a80dd2b70eb/Klimanotstand%20Ideensammlung%20-%20Klimastreik%20Basel%20Jan.%202021.pdf?fbclid=IwAR0-YQSPYmGgug8xvLiy7rb-emQTEkYUIVz7MQ2UNQuhUjPE7UGhpf7Zak>).

Auch Wohnschutz ist Klimaschutz: In älteren Wohnungen ist der Flächenverbrauch viel geringer, wie die kürzlich veröffentlichte Gebäude- und Wohnungsstatistik aufzeigt (<https://www.bfs.admin.ch/news/de/2021-0066>).

In den allerneuesten Wohnungen ist der Verbrauch erfreulicherweise wieder tiefer. Dennoch muss dem Bestand Sorge getragen und der Markt so reguliert werden, dass ältere Wohnungen nicht so einfach vergrössert werden können und dann der Flächenverbrauch steigt. Übrigens ist der Flächenverbrauch im Kanton Genf sowohl im Bestand wie im Neubau deutlich tiefer als in Basel-Stadt.

Zwischen Schutz von bezahlbarem Wohnraum und Klimaschutzzielen scheint bisweilen vermeintlich ein Zielkonflikt zu bestehen. Befeuert wird dies insbesondere durch die Empfehlung gewisser Banken, unter dem Vorwand energetischer Sanierungen nach der Methode "Alle Mieter raus" die Rendite von Liegenschaften zu maximieren.

Die nationale Abstimmung über das CO₂-Gesetz vom Juni 2021 hat einmal mehr gezeigt, dass ökologische Anliegen nicht erfolgreich sind, wenn die sozialen Lasten nicht gerecht auf allen Schultern verteilt werden. Caritas Schweiz formuliert in ihrem Positionspapier zur Klimapolitik im August 2021: «Die klimapolitisch sinnvolle Erneuerung des Gebäudeparks und der Heizsysteme muss deshalb zwingend von Massnahmen zur Förderung von günstigem Wohnraum begleitet werden. Ebenso braucht es Vorgaben bei Leerkündigungen und Teilsanierungen, die Menschen mit tiefen Einkommen vor der Verdrängung aus ihren Wohnungen schützen. Möglich wären beispielsweise Vorgaben, dass die Mietkosten nach energetischen Sanierungen höchstens im gleichen Masse steigen dürfen, wie die Nebenkosten sinken.»

(https://www.caritas.ch/fileadmin/user_upload/Caritas_Schweiz/data/site/was-wir-sagen/unsere-position/positionspapiere/2021/CA_Positionspapier_Klima-sozialeFragen_DE.pdf).

Eine erfolgreiche Sanierungs-Strategie zur energetischen Optimierung des baselstädtischen Wohnraums muss deshalb die Folgen auf Mietpreise und Wohnschutz miteinbeziehen und darauf Antworten finden. Der Zielkonflikt kann aufgelöst werden.

In diesem Kontext stellt der Interpellant dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Stand bezüglich Sanierungen der Gebäude in Basel-Stadt in den genannten Bereichen 1-3 (Wärmedämmungen, Heizungen, Minergie-Standard)? In welchem Umfang wurden in den vergangenen Jahren jeweils Fördermittel gesprochen?
2. Wie schätzt der Regierungsrat den Bedarf in den drei genannten Bereichen ein?
3. Wie gedenkt der Regierungsrat einen schonen Umgang mit grauer Energie zu fördern und die CO₂-

- Emissionen aus Neubau, Sanierungen, Umbau und Abbruch zu reduzieren?
4. Wie gedenkt der Regierungsrat, den effizienten Flächenverbrauch im Bestand zu schützen?
 5. Wie teilen sich in Basel-Stadt die Investitionskosten im Bereich energetischer Sanierungen zwischen Mieter:innen, Eigentümerschaft und Subventionen der öffentlichen Hand auf?
 6. Wie stellt sich der Regierungsrat zum Vorschlag der Caritas, dass Sanierungskosten nur im Umfang der Nebenkosteneinsparungen auf Mieter:innen überwältigt werden können?

Pascal Pfister

Interpellation Nr. 122 (Oktober 2021)

21.5691.01

betreffend Verbot von elektrischen Heizstrahlern – will der Regierungsrat der baselstädtischen Gastronomie schaden?

Während der Corona-Pandemie durften Wirtinnen und Wirte in Basel-Stadt draussen elektrische Heizstrahler aufstellen, damit Gäste sich im Aussenbereich aufhalten konnten und die Umsätze der Gastronomen nicht vollständig einbrachen. Nun will der Regierungsrat, wie das Regionaljournal SRF berichtet, diese Sonderregelung wieder rückgängig machen und die entsprechenden elektrischen Heizstrahler wieder verbieten. Anders als bspw. im Nachbarkanton Basel-Landschaft sind somit nur noch mit erneuerbarer Energie betriebene Heizstrahler resp. Heizstrahler mit Holzpellets erlaubt.

Damit verlieren viele Gastronomen in diesem Winter die Möglichkeit, Gäste im Aussenbereich zu bewirten. Dies ist insbesondere deshalb stossend, weil aufgrund der Zertifikatspflicht einige Gäste den Innenbereich der Restaurants meiden. Die Anschaffung von den o.g. erlaubten Heizstrahlern ist gerade für kleinere Gastronomen sehr teuer. Ein einzelner dieser Heizstrahler kann mehrere Tausend Franken kosten.

Die Interpellantin bittet den Regierungsrat daher um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wieso verbietet der Regierungsrat in Basel-Stadt die elektrischen Heizstrahler wieder, obschon diese für die Gastronomen in der Pandemie für den Aussenbereich für die Bewirtung von Gästen so überlebensnotwendig sind?
2. Erachtet es der Regierungsrat für sinnvoll, aus umweltpolitischen Gründen, inmitten einer Pandemie den Gastronomen mit diesem Verbot zusätzliche Steine in die Wege zu legen?
3. Kann der Regierungsrat nicht nachvollziehen, dass – auch aufgrund der ausgeweiteten Zertifikatspflicht – viele Gastronomen auf diese Heizstrahler auch im Winter 2021/22 angewiesen sind?
4. Welche anderen Massnahmen will der Regierungsrat ergreifen, um die Gastronomen, welche nun von diesem Verbot tangiert sind, finanziell in der Krise zu unterstützen?
5. Erachtet es der Regierungsrat für sinnvoll, den Gastronomietourismus ins Baselbiet und/oder andere Regionen inner- und ausserhalb der Schweiz, mit diesem Verbot aktiv zu fördern und den baselstädtischen Gastronomen zu schaden?
6. Was ist dem Regierungsrat wichtiger: Die Klimabilanz oder Hunderte von Arbeitsplätzen in der Gastronomie?

Daniela Stumpf

Interpellation Nr. 123 (Oktober 2021)

21.5693.01

betreffend Belebung des IWB-Platzes

Vor einigen Wochen öffnete der neue Treffpunkt im Gundeldingen Quartier GundeliDräff seine Tore. Während mit dem Quartiertreff im Herzen des Gundeli ein Innenraum für die Bevölkerung geschaffen wurde, ist der IWB-Platz auf der anderen Strassenseite noch immer ein trostloser Platz. Der Platz der entsprechend des Stadtteilrichtplans ein Ort für Arbeitende und Kinder sein soll und für Pausen, Begegnungen und Spiel genutzt werden soll ist heute wenig einladend und auch für die Gäste des neuen Quartiertreffpunkts kein attraktiver Aussenraum.

In der Beantwortung der Ip. 20.5307 hält der Regierungsrat fest, dass der Kanton zusammen mit der Grundeigentümerin IWB in Abstimmung mit der Nautentor-Planung und der Weiterentwicklung des Areals Bahnhof Basel SBB Süd prüfen will, wie sich dieser Ort gesamthaft verändern könnte. Mit der Zustimmung des Grossen Rates zum Ratschlag Areal Nautentor ist die Planung zum Nautentor abgeschlossen, wobei eine Neugestaltung des IWB-Platzes darin nicht enthalten ist. Dies obwohl der Platz mit den geplanten Änderungen des Projektes als Eingangstor ins Gundeli zusätzlich an Relevanz gewinnt und der Ratschlag festhält, dass der potentielle Platz auf dem IWB Areal planerisch einzubeziehen sei, um eine gute Einbindung ins Quartier zu erreichen.

In Anbetracht dieser Ausgangslage bittet die Interpellantin die Regierung zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie sieht die zeitliche Planung der Regierung in Kooperation mit der Grundeigentümerin IWB für die Ausgestaltung des IWB-Platzes aus?
2. Ist ein Einbezug der lokalen Bevölkerung sowie der in unmittelbarer Nähe agierenden Vereine in die Umgestaltung des IWB-Platzes angedacht?
3. Ist eine Aufhebung der sich auf dem Platz befindenden Parkplätze und die Vergrösserung des nutzbaren

- Platzes für die Bevölkerung denkbar?
4. Kann der IWB-Platz trotz der Nutzung für die Fernwärmeversorgung mit Bäumen bepflanzt und durch einen Spielplatz und Ping Pong-Tische, entsprechend der im Stadtteilrichtplan vorgesehenen Bestimmungen, ergänzt werden?
 5. Ist ein Gleiszugang im Rahmen der Weiterentwicklung des Bahnhofs Basel SBB denkbar?
- Melanie Eberhard

Interpellation Nr. 124 (Oktober 2021)
betreffend Schulraum

21.5694.01

Die SchülerInnenzahlen haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Hingegen wurde der dafür benötigte Schulraum resp. Raum für das Tagesstrukturangebot nicht im gleichen Schritt zur Verfügung gestellt.

Mit dem Allokationsbericht wurden im Dezember 2010 die Grundlagen für die Neuaufeilung des Schulraums verabschiedet. Für jeden Schulstandort wurden darin Planungsannahmen (Schulstufe, Anzahl Klassen etc.) getroffen. Gleichzeitig wurden Raumstandards als Leitfaden bei der Planung von Neu- und Umbauten oder bei Sanierungen festgelegt. Im 2017 wurden dann noch die Standards für den Innen- und Aussenraum der Kindergärten definiert.

Die Unterzeichnende bittet in diesem Zusammenhang den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind die Raumstandards aus den Jahren 2010 und 2017 immer noch gültig?
2. Wenn nein. Wann wurden sie angepasst? Weshalb wurden sie angepasst? Wer veranlasste und entschied die Anpassung? Wo können die neuen Raumstandards eingesehen werden?
3. Welches Gremium entscheidet über die Raumstandards? Wie sind die einzelnen NutzerInnen wie z.B. Lehrpersonen, Schulleitungen bzw. Abteilungsleitungen in den Gremien vertreten?
4. Wie steht es um das Verhältnis Klassenzimmer zu Gruppenräumen? Bitte um Auskunft wie viele Klassenzimmer und wie viele Gruppenräume in den einzelnen Schulhäusern der Volksschule aktuell zur Verfügung stehen. Welche Abweichungen von den aktuellen Standards sind festzustellen? Konkret an welchen Standorten fehlen gemäss Standards Klassenzimmer, Gruppenräume, Spezialräume, Schwimm- und Turnhallen sowie Aulen?
5. Anscheinend reichen aktuell die vorhandenen Klassenzimmer nicht mehr aus, um alle Klassen unterrichten zu können. Deshalb kommt es zu Mehrfachnutzungen von Spezialräumen. In wie vielen Fällen ist dies und in welchen Schulhäusern der Fall?
6. Weil nicht genügend Klassenzimmer zur Verfügung stehen, sind anscheinend auch Spezialräume (z.B. für den Hauswirtschaftsunterricht) zu Klassenzimmern zurückgebaut worden. In wie vielen Fällen und an welchen Schulstandorten war dies in den vergangenen fünf Jahren der Fall?
7. Wie viel Schulraum je Standort (Anzahl Klassenzimmer, Gruppenräume, Spezialräume) wird an den Volksschulen mit temporär Bauten abgedeckt. Nicht aufgeführt werden sollen Temporärbauten auf Grund von Sanierungen.
8. Auch bei den Räumlichkeiten des Tagesstrukturangebots kommt es zu Engpässen. Stimmt es, dass der bisher geltende Massstab von 4m² pro Kind deshalb reduziert wurde? Wenn ja, welche Vorgabe gilt jetzt und wie lässt sich eine solche Reduktion (pädagogisch) begründen?
9. Wie gedenkt der Regierungsrat das Raumproblem über den Neubau des Schulhauses Walkeweg hinaus nachhaltig zu lösen (z.B. mit weiterem Schulhausneubau auf dem Klybeckareal)?
10. Seit ca 8 Jahren ist auf Grund der erhöhten SchülerInnenzahl im Kindergarten und der Primar bekannt, dass Basel einen weiteren Sekundarstandort benötigt. Weshalb hat sich der Bau eines neuen Standorts so lange verzögert? Ab wann darf mit dem benötigten neuen Sekundarschulhaus gerechnet werden?
11. Welche Mehrkosten (z. B. durch Umzüge, Temporärbauten etc.) entstehen durch den verzögerten Neubau und wie rechnen sich diese?

Sasha Mazzotti

Interpellation Nr. 125 (Oktober 2021)
betreffend eine mögliche Dioxin-Problematik auch im Kanton Basel-Stadt

21.5696.01

Das grosse Ausmass der Dioxin-Verschmutzung in Lausanne, die letzte Woche bekannt wurde, erfüllt mit Besorgnis. Das Verschmutzungsgebiet in Lausanne erstreckt sich offenbar vom See unten bis hoch in die Agglomerationsgemeinde Le-Mont-sur-Lausanne. Der Kanton Waadt hat für Lausanne nun auch spezifische Empfehlungen für die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten verfasst (vgl. Pollution des sols à Lausanne, abrufbar unter:

(<https://www.vd.ch/fileadmin/user_upload/themes/environnement/sol/fichiers_pdf/recommandations_sanitaires_unis_anté.pdf>).

Der Fall in Lausanne wirft Fragen für die ganze Schweiz auf. Gemäss Informationen von SRG planen aktuell verschiedene Kantone, Bodenproben zu entnehmen und im Kanton Zürich begann man offenbar schon nach den ersten Verdachtsmeldungen in Lausanne, die eigenen Böden zu messen.

Da es gemäss der Waadtländer Umweltdirektorin Béatrice Métraux bisher keinen Grenzwert des Bundes gibt zur Frage, ab welcher Dioxin-Konzentration ein Grundstück saniert werden muss, fordert diese deshalb, dass das Bundesamt für Umwelt solche festlegt.

Da die Problematik zu hoher Dioxin-Konzentration auch in Basel vorhanden sein könnte, wird der Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. Wurden im Kanton Basel-Stadt schon Böden auf deren Dioxin-Konzentration hin untersucht?
2. Wenn ja, was ergaben diese Messungen und welche Konzentrationen wurden in welchen Gebieten der Stadt festgestellt?
3. Wenn nein, wann werden diese Messungen vorgenommen und in welchem Umfang sind diese geplant?
4. Gibt es im Hinblick auf die Kehrverbrennungshistorie im Kanton Basel-Stadt begründeten Anlass zur Sorge und drängen sich gegebenenfalls vorsorgliche Massnahmen und ähnliche Hinweise an die Bevölkerung, wie sie Lausanne derzeit erfolgen, auf?
5. Erachtet es die Regierung ebenfalls für geboten, dass das Bundesamt für Umwelt die Frage, ab welchen Dioxin-Grenzwerte Böden zwingend saniert werden müssen, zeitnah adressiert?
6. Wer würde für die Kosten etwaig notwendig werdender Bodensanierungen aufkommen, sofern eine Kausalität zwischen der Verschmutzung und dem Betrieb der Kehrverbrennungsanlage erstellt wäre?

Christian von Wartburg

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend i.S. Bodenkonsum pro Person je nach Zone

21.5648.01

Die Bodenfläche in unserem «engen» Stadtkanton ist besonders wertvoll. Es stellt sich die Frage, wie viel dieser Fläche pro Person «konsumiert» wird. Die ist auch relevant für den Individuellen ökologischen Fussabdruck. Parallel ist interessant, dazu den Fiskalertrag pro m2 darzustellen. Ich gehe mal davon aus, dass in den Zonen 2 und 2a der Flächenkonsum pro (angemeldete) Personen deutlich höher liegt als in den weiteren Nummernzonen 3, 4 und 5 resp. 5a oder in Gebieten mit Bebauungsplänen. Dieses statistische Material liegt bei der Einwohnerkontrolle pro Liegenschaft/Adresse vor. Zudem ist bekannt/abgleichbar, welche Adresse/Hausnummer in welcher Zone liegt. Es geht mir lediglich um den Vergleich einiger typischer Perimeter zueinander (Gesamtschau nicht nötig).

Weiter würde mich aufgrund dieses statistischen Materials interessieren, wie hoch der daraus resultierende Bruttosteuerertrag pro m2 in der jeweiligen Zone ist (ohne Quellensteuer). Bekanntlich besteht verwaltungsintern ein Steuerregister, welches bis zu einzelnen Hausnummern detailliert ist. Mir geht es aber nicht darum, das Steuergeheimnis auch nur «ritzen» zu wollen, sondern nur darum, zu erfahren, wie der Steuerertrag pro m2 in der jeweiligen Zone ist. Wie bereits vorne aufgeführt, können da einige typische Perimeter im Stadtkanton verglichen werden.

Interessieren würde mich zudem, unabhängig ob Aussagen des Steuerertrages pro m2 Bodenfläche gemacht werden können, ob und wie sich diese Steuererträge je nach Eigentums- bzw., Wohnform (Grundeigentum, Stockwerkeigentum, Miete, Genossenschaft) unterscheiden.

Nach Rücksprache mit dem Statistischen Amt ist mir klar, dass die gewünschten Daten einen grösseren Aufwand bedeuten. Zu den untenstehenden Fragen 1. - 3. reichen mir jedoch generelle Aussagen über einige ausgewählten Perimeter. Statistische Unschärfen sind zwangsläufig und werden in Kauf genommen. Eine vertiefte Antwort ist in der Behandlungsdauer von drei Monaten auch kaum zu erarbeiten. Dafür hat der Unterzeichnete volles Verständnis. Daher wird die Regierung gemäss Frage 4. gebeten, diese Fragestellungen im Rahmen der jährlich aktualisierten Steuerstatistik als Schwerpunktthema aufzugreifen (in einem der kommenden 3 Jahre; analog Schwerpunktthema «Quellensteuer» in der Statistik 2020).

Ich frage daher die Regierung an, zu folgenden Bereichen statistisches Material (Unschärfen akzeptierend) zu liefern:

1. Bodenkonsum/Bodenfläche pro Person je nach Zone.
2. Steuerertrag pro m2 konsumierter Bodenfläche je nach Zone.
3. Steuerertrag pro m2 konsumierter Bodenfläche nach unterschiedlichen Eigentums- und Wohnformen (Miete, Genossenschaft, STWE/Eigentum).
4. Fragekomplex 1. - 3. als Schwerpunktthema einer der kommenden jährlichen Steuerstatistiken zu dokumentieren.

René Brigger

2. Schriftliche Anfrage betreffend Situation mit privaten Pflege- und Altersheimen

21.5651.01

«In der Folge rollen die Konzerne nach und nach den Markt in Europa auf. Während in der Schweiz erst geschätzte 13 Prozent aller Alters- und Pflegeheime von gewinnorientierten Besitzerinnen geführt werden, beträgt dieser Anteil in Deutschland bereits 43, in Grossbritannien 76 und in Spanien sogar über 80 Prozent.¹»

Einen eindrücklichen Einblick in diesen europaweiten Markt und seine Realitäten bietet die umfangreiche Recherche, welche die Onlinezeitung «Republik» in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern geleistet hat und aus welcher das obenstehende Zitat stammt.

Es ist eine besorgniserregende Entwicklung, wenn die Betreuung von alten Menschen zu einem Spielball der Finanzmärkte wird oder einer reinen Renditelogik unterworfen wird. Auch in der Schweiz scheint diese Entwicklung immer wie weiter fortgeschritten, wenn auch noch nicht so weit zu sein wie in anderen Ländern Europas. Gleichzeitig gibt es aber in Ländern wie Norwegen und Österreich auch gegenläufige Entwicklungen. So hat das Bundesland Burgenland vorgeschrieben, dass alle Altenheime spätestens ab 2024 nur noch von gemeinnützigen Gesellschaften betrieben werden dürfen.² Erzielte Gewinne, die aus Pflege- und Betreuungstätigkeit entstehen, sind zweckgewidmet ausschliesslich und unmittelbar wieder für die Pflege, die Betreuung und die Verbesserung der Infrastruktur sowie die Qualität der Sozialeinrichtungen zu verwenden.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ich bitte den Regierungsrat um eine Aufschlüsselung aller Leistungsvereinbarungen mit privaten Pflege- und Altersheimen im Kanton, aufgeschlüsselt nach
 - a. Höhe der finanziellen Abgeltung
 - b. Dauer der Leistungsvereinbarung
 - c. Organisationsform des Unternehmens
 - d. Art der Gewinnverwendung (Gemeinnützigkeit)
 - e. Anzahl Bewohnenden
 - f. Anzahl Mitarbeitenden
2. Wie viele Leistungsvereinbarungen in welchem finanziellen Umfang hat der Kanton mit der Firma Senevita abgeschlossen?
3. Wie viele Leistungsvereinbarungen in welchem finanziellen Umfang hat der Kanton mit der Firma Tertianum abgeschlossen?
4. Und mit welchen weiteren gewinnorientierten Trägerfirmen wurden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen und in welchem finanziellen Umfang?
5. Inwiefern werden in den Leistungsvereinbarungen des Kantons mit Pflege- und Altersheimen resp. Erbringern von ambulanten Dienstleistungen im Pflegebereich (Spitex) Elemente wie die Gemeinnützigkeit, die Organisationsform, die Arbeitsbedingungen der Angestellten und die Frage der Qualität der Betreuung in den jeweiligen Heimen vorgegeben?
6. Wie sieht der Regierungsrat die Entwicklungen auf dem stationären und ambulanten Pflege-Markt?
7. Wie steht der Regierungsrat zur Möglichkeit, dass Pflege- und Altersheime resp. die ambulanten Dienstleistungen im Pflegebereich (Spitex) nur noch von gemeinnützigen Gesellschaften betrieben werden dürfen?
8. Könnte eine Pflicht zur Gemeinnützigkeit nach den oben beschriebenen Kriterien im Burgenland in Österreich auch in Basel-Stadt vorgeschrieben werden?
9. Wo und wie kann der Regierungsrat neben den Leistungsvereinbarungen Einfluss auf die Ausrichtung der Alters- und Pflegeheime nehmen?

¹ <https://www.republik.ch/2021/07/16/profitmaschine-pflegeheim> (08.09.2021)

² https://www.meinbezirk.at/burgenland/c-politik/mit-der-pflege-soll-kein-geschaeft-gemacht-werden_a3699015 (08.09.2021)

Beda Baumgartner

3. Schriftliche Anfrage betreffend testet man mit dem Impfwang, wie weit der Staat gegen die eigenen Bürger vorgehen kann?

21.5653.01

Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass die Reise in Richtung Impf Diktatur geht. Die Corona-Fanatiker schwelgen immer ungenierter in totalitären Phantasien.

Wer sich - weshalb auch immer - nicht impfen lassen will, soll also so weit wie möglich aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Ich habe im Parlament gesagt: „Ich lasse mich nicht impfen.“

1. Wird es Stand heute, einen Impfwang in Basel geben?
2. Wie lange kann man mit dem Schüren von Angst die Menschen in einen Ausnahmezustand versetzen?

Eric Weber

4. Schriftliche Anfrage betreffend wie konkret startet das Ehrenamt in Basel wieder durch?

21.5654.01

Schon seit vielen Jahren gibt es in vielen Ehrenamts-Bereichen einen Mitgliederschwund. Die Corona-Zwangspause hat viele Vereine zusätzliche Mitglieder gekostet. Es gibt auch aber Initiativen, die Zulauf bekommen haben: Nachbarschafts-Hilfe etwas. Auch in anderen Bereichen startet das Ehrenamt jetzt wieder durch.

1. Wie entwickelt sich das Ehrenamt in Basel?
2. Wie viele Ehrenamtliche gibt es ungefähr?
3. Wer in jungen Jahren etwa über die Eltern Kontakt zum Ehrenamt bekommt, für den ist das selbstverständlich. Sieht das die Regierung auch so?
4. Laut Gesetz ist Grossrat ein Ehrenamt? Stimmt das so?
5. Es gibt ehrenamtliche Helfer, die bekommen ein kleines Geld für Ihren Aufwand, was ja vollkommen richtig ist. MUSS das bei der Steuer angegeben werden?
6. Ich sehe in Basel viele Prospekt-Kästen an Häusern angebracht. In diesen Prospekten, die man dort findet, wird für das Nachbarschafts-Netz geworben. Ist die Nachbarschafts-Hilfe über den Kanton? Bezahlt der Kanton Geld an die Nachbarschafts-Hilfe? Und wenn ja, für was genau. Ich habe hier keinen genauen Durchblick und bitte um eine genaue Antwort. Merci.

Eric Weber

5. Schriftliche Anfrage betreffend bezahlte Steuer

21.5655.01

Wenn man seine Steuer in Basel bezahlt hat, dann hat man seine Schuldigkeit getan. Dann hört man nichts mehr von der Steuer, bis zur nächsten Zusendung der Steuerunterlagen für das nächste Jahr.

1. Kann man von der Steuer eine Bestätigung bekommen, dass man die Steuer bezahlt hat, dass das Geld ankam? Wenn man das wünscht wie der Fragestellende dieser Zeilen.
2. Oder kann das Finanz Dep inskünftig bitte jeden Zahlungs-Eingang über 1000 Franken dem treuen und ehrlichen Steuerzahler bestätigen?

Eric Weber

6. Schriftliche Anfrage betreffend Steuer-Schuldner im Kanton

21.5656.01

Es gibt Steuerschuldner. Das ist eine spannende Sache. Die Menschen wollen das wissen. Daher diese Anfrage.

1. Wie viele Steuer-Schuldner hat es im Kanton Basel-Stadt?
2. Was passiert, wenn jemand seine Steuer nicht bezahlt? MUSS er dann ins Gefängnis? Oder was sind die konkreten Konsequenzen?
3. Für viele Bürger ist es heute ganz normal, dass sie keine Steuern bezahlen wollen. Das Geld wird lieber für Ferien ausgegeben. Wie kann der Kanton verhindern, dass der Bürger nicht das Geld für seine Eigeninteressen ausgibt?
4. Wie kann man ein strengeres Steuer-Regime erreichen?
5. Wie viele Millionen schulden die Steuer-Schuldner unserem Stadt-Kanton Basel-Stadt?
6. Bin ich richtig in der Annahme, dass in den letzten 20 Jahren die Steuer Schulden rasant gewachsen sind?
7. Wie hoch ist der Betrag des durchschnittlichen Steuerschuldners? Stimmt die Rechnung so: Man nimmt die Zahl aller Steuerschulden zusammen und teilt diese Zahl durch die Steuerschuldner. Also nehmen wir an wir haben im Kanton Steuer-Schulden von rund 17 500 030 Franken und dies von rund 6957 Menschen. So wäre die Rechnung: 17 500 030 : 6957.

Eric Weber

7. Schriftliche Anfrage betreffend Broschüre über den Regierungsrat

21.5657.01

Seit rund 20 Jahren hat der Basler Grosse Rat eine wundervoll gemachte Broschüre über den Grossen Rat. Bis vor acht Jahren war auf der letzten Seite immer noch die Sitzverteilung der Parteien drin. Diese fehlt nun. Von der Regierung gibt es aber keine Broschüre.

1. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, analog dem Grossen Rat, auch so eine Broschüre mit schönen Fotos über den Regierungsrat heraus zu bringen?

Eric Weber

8. Schriftliche Anfrage betreffend Tote beim Rhein-Schwimmen

21.5658.01

Ich habe in früheren Jahren immer gelesen, dass es Tote gibt, die im Rhein schwimmen oder solche, die in den Rhein fallen.

1. Ist es richtig, dass es in diesem Jahr noch keinen toten Rhein-Schwimmer gab?
2. Wie viele tote Rhein-Schwimmer oder Leute die in den Rhein gefallen sind und tot waren, gab es in den letzten 20 Jahren?

Eric Weber

9. Schriftliche Anfrage betreffend Rauch

21.5659.01

Viele Menschen mögen es nicht, wenn geraucht wird. In der Eisenbahn wurde vor rund 10 Jahren das Raucher-Abteil bei der SBB abgeschafft. Aber in Restaurants darf geraucht werden. Wobei, ich habe die Übersicht verloren. Vor rund 10 Jahren gab es so spezielle Fumoir-Restaurants, das kam oft in den Medien.

1. Ist es richtig, dass im Aussenbereich der Restaurants, also im Garten, geraucht werden darf? Wenn man am Neben-Tisch sitzt, hat man einfach Pech gehabt.
2. Ist es richtig, dass in allen Innenbereichen von Restaurants nicht geraucht werden darf?
3. Wo darf man in der Stadt Basel auf Plätzen und Strassen nicht rauchen? Oder gibt es hier keine Begrenzung?

Eric Weber

10. Schriftliche Anfrage betreffend Basel als die Übermorgen-Stadt

21.5660.01

Die Corona-Pandemie führt zu vielen Veränderungen. Wie es nun immer mehr heisst, muss auch Basel gesünder und gerechter aufgeteilt werden. Im Kleinbasel gibt es kaum grüne Stellen, vieles ist einfach zugebaut. Eine Pandemie treibt einen Wandel im urbanen Raum voran. Ein solches Ereignis verändert eine Stadt wie Basel, weil es sich auf nahezu alle Bereiche auswirkt.

Die Pest förderte den Handel, die Cholera die Modernisierung von Wasser- und Abwassersystemen, Corona beschleunigt nun die Digitalisierung.

Die Stadt der Zukunft muss mehr Wohlbefinden und Lebensqualität bieten. Man könnte auch sagen: gesünder werden.

1. Wie sieht die Regierung Basel als die neue Übermorgen-Stadt? Ich meine, was wird konkret getan, für mehr Wohlbefinden und Lebensqualität?
2. Werden in Basel mehr Grün-Flächen geschaffen? Es ist mir bekannt, wir haben ein Platz-Problem. Aber durch Verdichtung kann mehr Grün-Raum geschaffen werden.

Eric Weber

11. Schriftliche Anfrage betreffend Basel verbessern

21.5661.01

Tue Gutes und rede darüber. Durch kleine Gesten und grosses Engagement können wir unser Basel verbessern. Geld nachhaltig anlegen. Auf E-Mobilität umsteigen. Weniger Plastik verwenden. Dinge tauschen statt neu kaufen. Fair Trade einkaufen. Aktiv sein gegen Lebensmittelverschwendung. Gute Nachbarschaft.

1. Beteiligt sich der Kanton an Aktienfonds von nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen? Wenn ja, welche sind das?
2. Welche Tausch-Börsen gibt es konkret in Basel?
3. Welche sozialen Netzwerke gibt es in Basel für die Nachbarschaft?

Eric Weber

12. Schriftliche Anfrage betreffend was bringt der Klimawandel den Menschen in Basel?

21.5662.01

Ich finde es sehr schön, wie unsere Regierungsrätin Esther Keller sagt: Begrünen, beschatten und bewässern.

Es wird empfohlen, Gebäudehüllen wesentlich besser zu dämmen, denn dann hat es auch im Sommer den Effekt, dass Hitze nicht so schnell ins Haus kommt.

Basel muss neu gedacht werden. Denn wir brauchen in der Stadt grüne und blaue Infrastruktur, das heisst konkret mehr Parkanlagen und mehr Gewässer. Denn so kann man für deutliche Abkühlung in heissen Häuserschluchten sorgen.

Parks in Basel sind Sehnsuchtsorte und Seelenschmeichler. Studien belegen, dass Menschen in der Nähe von Grünflächen gesünder leben. Die Stadtnatur lindert psychische Leiden, verbessert das körperliche Wohlbefinden und die Lebensqualität. In Parks verbringt man Zeit mit der Familie, trifft Freunde und Fremde. Das macht sie zu wichtigen sozialen Orten. Wie sehr, offenbarte die Corona-Krise auch in Basel: Gerade während den Lockdown-Phasen strömten die Leute weltweit ins Grüne. Nicht nur, um sich zu bewegen und zu erholen - sondern laut einer internationalen Forschung auch, um in der Gesellschaft anderer Trost zu finden.

Der Ansturm brachte in Basel viele Grünanlagen an ihre Grenzen.

1. Wird nun der Fluss vom Basler Zoo bis zur Schiffflände in der Stadt Basel offen gelegt? Wie sind die Pläne dazu?
2. Wo könnten in Basel neue Gewässer geschaffen werden? Sicherlich ist der Rhein ein grosser Fluss, aber nicht jeder hat die Chance direkt am Rhein ein Haus oder eine Wohnung zu haben? Wie ist es mit Nebenflüssen, die durch unsere Stadt gehen, wie die Wiese?
3. Im neuen Programm heisst es, mehr beschatten in Basel. Heisst dies dann bitte konkret, dass es mehr Bäume geben wird? Mehr beschatten geht ja wohl mit nur mehr Bäumen?
4. Wo könnte man in Basel konkret Häuser abbauen und dort einen Park neu machen?

Eric Weber

13. Schriftliche Anfrage betreffend warum ist Tauben füttern nicht verboten?

21.5663.01

Es ist wissenschaftlich bekannt, dass die Tauben viele Krankheiten übertragen. In vielen Städten Europas habe ich nun in den Sommerferien 2021 gesehen, dass es verboten ist, die Tauben zu füttern.

1. Darf man in Basel Tauben füttern?
2. Wenn ja, warum ist es nicht verboten?
3. Was macht der Kanton konkret, dass durch Tauben keine Krankheiten übertragen werden?
4. Welche Krankheiten können durch Tauben übertragen werden?
5. Wie viele Tauben leben in Basel? Ich denke es sind 39 000 oder noch mehr.
6. Werden in Basel Tauben auch abgeschossen?
7. An Gebäuden vom Kanton sieht man oft so Tauben-Schutz-Gitter. Sind diese Gitter angebracht, damit die Tauben die Gebäude nicht verschmutzen?
8. Muss man für Tauben-Schutz-Gitter ein Gesuch stellen, bevor man das anbringt?
9. Wer im Kanton ist konkret für die Tauben zuständig?

Eric Weber

14. Schriftliche Anfrage betreffend sind E-Scooter eine moderne Plage?

21.5664.01

In Basel gehören elektrische Tretroller zum Strassenbild. Ihre Nutzer schätzen die neue Form der Mobilität. Aber muss man nicht eher von einem Ärgernis sprechen?

Oft werden diese Teile mitten auf dem Gehweg oder mitten auf der Strasse abgestellt. Sie versperren einem den Weg. Und sie stehen nun überall herum, im Stadt-Zentrum und auch in Aussen-Siedlungen der Stadt.

Theoretisch gibt es Regeln für die Benutzung dieser Roller. Praktisch werden sie weder beachtet noch durchgesetzt.

1. Wie viele E-Roller sind in Basel angemeldet? Von wie vielen Anbietern?
2. Ein Anbieter zog sich aus Basel zurück. Weiss man warum?
3. Soll man mit dem E-Roller auf dem Gehweg oder auf der Strasse fahren? Ich weiss es schlicht nicht.
4. Wie viele E-Roller sind in Basel schon verschwunden und eben abhanden gekommen? Bestimmt können die E-Roller geortet werden?
5. Wie viele E-Roller sind schon aus dem Rhein gefischt worden? Und wie viele E-Roller wurden durch die Ortung eben im Rhein angezeigt?
6. Viele Roller landen auf dem Grund vom Rhein. Die Batterien enthalten sehr viele giftige Chemikalien. Ist dem Kanton das bewusst? Gibt es daher schon Fische, die daher gestorben sind?

Eric Weber

15. Schriftliche Anfrage betreffend Grundbuchgebühren

21.5667.01

Eine Familie zieht von Basel-Landschaft nach Basel-Stadt und kauft hier ein Reiheneinfamilienhaus für CHF 1,5 Mio. Die Grundbuchgebühr, die sich nach der Verordnung zum Einführungsgesetz zum ZGB (§ 51) richtet, beträgt:

Gebühr für die Handänderung über CHF 1,5 Mio:	1 '500.-
Gebühr für Schuldbrieferrichtung über CHF 1,2 Mio	<u>1 '200.-</u>
Total:	2 '700.-

Für den nämlichen Akt betragen die Gebühren in Basel-Landschaft insgesamt CHF 600.-, also 300.- für die Eintragung des Eigentumsübergangs und 300.- für die Neueintragung des Grundpfandrechts (§ 16 Verordnung über die Gebühren zum Zivilrecht). In Basel-Stadt, wo das verfassungsmässige Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip auch Geltung haben sollte, wird für das gleiche Geschäft eine 4,5 mal höhere Gebühr verlangt. Hinzu kommen immens hohe Notariatskosten, welche das Geschäft für den Käufer rund 10-mal teurer machen als in Basel-Landschaft.

Meine Frage lautet wie folgt:

- Sieht die Regierung angesichts der in den letzten Jahren explodierenden Bodenpreise keinen Anlass, die Gebühren nach unten anzupassen? Der Verwaltungsakt der Handänderung und der Schuldbrieferrichtung ist der gleiche geblieben, nur haben sich die Immobilienpreise in Basel-Stadt in den letzten 20 Jahren rund verdoppelt, m.a.W. nimmt der Kanton bald doppelt so hohe Gebühren ein wie vor 20 Jahren bei gleichbleibender Leistung.

Jeremy Stephenson

16. Schriftliche Anfrage betreffend Migration weiter reduzieren und ordnen

21.5668.01

Die EU und die Schweiz muss mehr tun, um die Migrationsströme dauerhaft zu reduzieren und Fluchtursachen zu bekämpfen. Neben einem wirksamen Schutz der EU-Aussengrenzen setzen wir uns für weitere Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens ein. Bei der Aufnahme Schutzbedürftiger brauchen wir eine faire Lastenteilung innerhalb der Schweiz.

Der Regierungsrat wird gebeten die Migration zu reduzieren.

Eric Weber

17. Schriftliche Anfrage betreffend in die Zukunft wirtschaften

21.5669.01

Wir starten ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen. In schnelles Internet, in Spitzenforschung, in Ladesäulen, in Wasserstofftechnologien und moderne Stadtentwicklung.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, wie wir die energieintensiven Industrien zum Technologievorreiter bei der Entwicklung klimaneutraler Prozesse machen.

Eric Weber

18. Schriftliche Anfrage betreffend Massnahmen zur Herstellung von mehr Bildungsgerechtigkeit an den Schulen

21.5672.01

Leistungsfremde Merkmale beeinflussen die Bildungschancen wie der sozioökonomische Hintergrund, die Bildungsaspirationen der Eltern, die Erwartungshaltungen oder die Unterrichtsqualität. Es zeigen sich weiter verstärkt Bildungsungleichheiten zwischen Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher sozialer Herkunft.

Weil eine bestimmte Abhängigkeit des Schulerfolgs vom Wohnquartier, beziehungsweise von der dort besuchten Schule und ihrem Einzugsgebiet besteht, soll im Kanton Basel-Stadt geprüft werden, ob ein computergestütztes Hilfstool mit einem komplexen Algorithmus, die Gebietsgrenzen so verschiebt, dass eine stärkere soziale Durchmischung der Kinder in der einzelnen Klasse erreicht werden kann und damit mehr Chancengerechtigkeit.

In einer Stadt führen auch kleinräumige Anpassungen der Einzugsgebiete zu grosser Unruhe unter den Erziehungsberechtigten. Der Schulstandort, ist bei der Wohnortwahl der Familien oft das ausschlaggebende Kriterium. Folglich hat eine Umverteilung von Schülerinnen und Schülern das Potential, dass die Diskussion der Zuteilung verschärft geführt wird. Weiter ist die Umverteilung von Kindern aufgrund ihrer Muttersprache und in der Konsequenz ihrer ethnischen Herkunft, insofern ein gefährlicher Ansatz, indem der Schulerfolg mit der ethnischen Zusammensetzung der Klasse in einen Zusammenhang gebracht wird.

Unabhängig von der Prüfung, ob ein Computerprogramm die Zusammensetzung der Kinder in einer Klasse anhand von vordefinierten Zielgrössen besser mischt und ob das realisierbar und sinnvoll ist, bleibt zu klären, ob damit die Dynamik der sozialen Segregation besser aufhaltbar ist.

Sicher ist, dass jedes Kind das Recht auf ausgezeichnete Bildung hat und darauf, sein Potential umzusetzen. Eine Umverteilung von Kindern, macht aber noch keine bessere Schule. Diese hingegen können selbst eine massgebliche Reduktion von Bildungsungleichheiten ausüben. Schulleitungen sowie die Lehrpersonen und ihr Unterricht haben

den grössten Einfluss auf die Schulleistungen und den Lernerfolg, ganz abgesehen von den individuellen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler.

Aktuell werden Förderressourcen ausgehend vom Sozialindex standortspezifisch in unterschiedlichem Ausmass gesprochen. Im Hinblick auf die Herstellung von mehr Chancengerechtigkeit mittels effektiver Massnahmen stellen sich mir zu nachfolgenden Punkten Fragen, um deren Beantwortung ich den Regierungsrat bitte:

1. Welche (methodisch-statistischen) Indikatoren und Faktoren werden mit welcher Wertung (Gewichtung) im Sozialindex berücksichtigt, die für die Zuteilung der zusätzlichen Ressourcen herangezogen werden.
2. Wird die Zusammenstellung des Sozialindexes regelmässig mit Blick auf die Chancengerechtigkeit überprüft, und wenn notwendig angepasst (Monitoring)?
3. Wie leiten sich die schulstandortspezifischen Unterstützungsmassnahmen aus dem Sozialindex ab und anhand welcher "Belastungskriterien" werden die zusätzlichen Ressourcen standortspezifisch verteilt?
4. Sind die zusätzlichen Ressourcen, welche aufgrund des Sozialindexes für die Schulstandorte gesprochen werden, ausreichend?
5. Werden die zusätzlich zugeteilten Ressourcen vor Ort tatsächlich so eingesetzt, dass damit ein Beitrag zur Verringerung der Bildungsungleichheit geleistet wird? Wird dies evaluiert und werden die Erfolge gemessen?
6. Verfügen die einzelnen Schulstandorte über genügend Autonomie, um erwiesenermassen wirksame Fördermassnahmen gemäss Ressourcenverteilung umzusetzen, damit sie erfolgreich sein können?
7. Werden aufgrund der Resultate der Checks, standortspezifische schulinterne Entwicklungsfelder für die Chancengerechtigkeit in der Schule und für die Schulentwicklung definiert und umgesetzt. Wenn ja, wie und welche?
8. Was wäre nach Einschätzung des Regierungsrats, ein notwendiges Lektionen-Dach (z.B. DAZ, Förderunterricht), welches die Chancengerechtigkeit am besten abdecken würde?
9. Werden die Formen der kostenintensiven Fördermassnahmen von Fachstellen und Schulen, die einen Beitrag leisten sollen zu mehr Chancengerechtigkeit, wissenschaftlich evaluiert bezüglich ihrer effektiven und effizienten Wirksamkeit zur Reduktion von Bildungsungleichheiten?

Sandra Bothe

19. Schriftliche Anfrage betreffend Ungeimpfte stecken sich dreimal häufiger an

21.5676.01

Ungeimpfte Menschen haben einer aktuellen britischen Studie zufolge ein dreimal so hohes Risiko, sich mit Corona zu infizieren, wie vollständig Geimpfte. In der Untersuchung von Forschern des Imperial College London wurden 1,2 Prozent von 100 000 Probanden in England positiv auf das Virus getestet, während es unter den vollständig Geimpften nur 0,4 Prozent waren. Die Ergebnisse wurden in einem Preprint-Papier online veröffentlicht.

1. Gibt es in Basel Zahlen, wie viele Ungeimpfte sich angesteckt haben, seit 2020?
2. Gibt es in Basel Zahlen, wie viele Geimpfte sich angesteckt haben, seit 2020?
3. Habe ich es richtig verstanden, dass sich auch Geimpfte anstecken können und dass dies bei jedem dritten Fall der Fall ist? Denn dreimal 0,4 ist 1,2. Was in obigem Bericht steht. Danke.

Eric Weber

20. Schriftliche Anfrage betreffend Landhof, wie weiter?

21.5685.01

Nach der Rückweisung des Ratschlag-Projekts 18.0047 für den Landhof durch den Grossen Rat in der Septembersitzung 2021 ist es wichtig, die Planung für die Zukunft des Areals umgehend neu aufzunehmen.

Die Parlamentsdebatte hat gezeigt, dass ein vollständiger Tribünen-Abriss gemäss Ratschlag kaum mehrheitsfähig ist. Unbestritten ist vor allem die Notwendigkeit kurzfristiger Sanierungsmassnahmen, die aus Sicherheitsgründen und unabhängig von einem künftigen Projekt unmittelbar anfallen. Stillstand oder ein Verzicht auf eine Weiterentwicklung des Areals hingegen wurden in der Ratsdebatte nicht gefordert.

Entsprechend soll der Regierungsrat nun an einem neuen Projekt arbeiten können, damit nicht unnötig viel Zeit verstreicht. In diesem Zusammenhang stelle ich der Regierung folgende Fragen:

1. Welche Sanierungsmassnahmen fallen unmittelbar an? Wie hoch ist der zu erwartende, finanzielle Aufwand dafür?
2. Kann sichergestellt werden, dass der Landhof inkl. Tribüne von der Quartierbevölkerung und weiteren Besucher:innen wieder vollumfänglich genutzt werden kann?
3. Ist die Regierung damit einverstanden, dass aus der Grossratsdebatte eindeutig hervorging, dass sich der Rat für ein neues Projekt und nicht nur eine «Sanierung im Bestand» ausgesprochen hat?
4. Wie stellt die Regierung sicher, dass ein neues Projekt für den Landhof so rasch wie möglich ausgearbeitet werden kann?
5. Welcher Zeithorizont ist dafür realistisch?

6. Unter Vorgabe welcher Grundsätze packt die Regierung ein neues Projekt für den Landhof an?
7. Zieht die Regierung es in Betracht, mehrere Projektvarianten – mit und ohne Tribünenerhalt – vorzulegen oder sieht sie einen klaren Auftrag für ein Projekt mit Tribünenerhalt?
8. Lassen sich die oben genannten, unbestrittenen unmittelbaren Sanierungsarbeiten im Sinne der Nachhaltigkeit so ausführen, dass ein künftiges Projekt mit Tribünenerhalt davon profitiert und damit die Kosten dafür tiefer ausfallen?
9. Wie beurteilt die Regierung die CO2-Bilanz (inklusive grauer Energie) und allgemein die ökologische Bilanz im Vergleich eines Neubau-Projekts mit einem Projekt mit Tribünenerhalt?
10. Eine breite Abstützung eines künftigen Projektes ist wichtig. Wird die Regierung den Einbezug von engagierten Kreisen auf dem Landhof, heutiger und zukünftiger Nutzenden und der Quartierbevölkerung in die Entwicklung sicherstellen?
Wenn ja: In welcher Form?

Lisa Mathys

21. Schriftliche Anfrage betreffend betreffend neue Strasse zur Erschliessung des Entwicklungsgebietes Bachgraben

21.5686.01

Im Raum Bachgraben entstehen momentan viele neue Arbeitsplätze. Die dort beschäftigten Menschen brauchen einen guten Verkehrsanschluss. Die Regierungen der beiden Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt planen, das Entwicklungsgebiet Bachgraben mit einer neuen unterirdischen Autostrasse zu erschliessen. Die Regierungen haben hierzu per Medienmitteilung am 26. Januar 2021 bekannt gegeben, dass zwei Absichtserklärungen unterzeichnet wurden. Damit einhergehend wurde auch eine «gemeinsame Organisation der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie der Gemeinde Allschwil» gegründet, welche das Vorgehen koordinieren und aufeinander abstimmen soll. Die in der Absichtserklärung veröffentlichten nächsten Planungsschritte beinhalten eine Priorisierung der neuen Strasse für den motorisierten Autoverkehr. Erst in einem zweiten Schritt soll die Tramanbindung erfolgen. Kürzlich wurde auch bekannt, dass sogar die Busanbindung des Entwicklungsgebietes (Linie 64) vorerst nicht ausgebaut wird. Damit geschieht eine klare Bevorzugung des umweltverschmutzenden Verkehrs gegenüber umweltfreundlichen Verkehrsmitteln. Dies wirft viele Fragen auf, vor allem, weil das revidierte Umweltschutzgesetz (v.a. § 13) ein anderes Vorgehen vermuten lassen würde. Im Februar 2019 hat nämlich die Stimmbevölkerung in Basel-Stadt Änderungen im Umweltschutzgesetz angenommen. Neu steht dort im Gesetz §13 Art. 2 Abs c): „[Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen sorgen dafür, dass] umweltfreundliche Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten bevorzugt behandelt werden“.

Die Unterzeichnende bittet daher die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. War sich die Regierung zum Zeitpunkt der Leistungsvereinbarung der Widersprüchlichkeit ihres Vorgehens und den Konflikten mit dem Umweltschutzgesetz bewusst? Welche Massnahmen wird die Regierung daraus ziehen?
2. Die Absichtserklärungen beinhalten sechs «Schlüsselprojekte». Neben der Erschliessung durch eine neue Strasse, wird dort ebenfalls von Velo- und ÖV-Anbindung gesprochen. Eine «gemeinsame Organisation der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie der Gemeinde Allschwil» soll die „Schlüsselprojekte“ koordinieren und aufeinander abstimmen. In der Medienmitteilung der beiden Kantone steht zudem: „der Auto-, Velo- und öffentliche Verkehr werden dabei gleichermassen berücksichtigt.“ Wie kann der Kanton Basel-Stadt in einer Organisation vertreten sein, welche die Bevorzugung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten nicht umsetzt?
3. Hat sich die Regierung in dieser gemeinsamen Organisation dafür eingesetzt, dass die Erschliessung des Gebiets mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln und Fortbewegungsarten für den Kanton Basel-Stadt auch in dieser gemeinsamen Organisation klare Priorität hat?
4. Wie ist der Ausbaustopp der Busverbindung zu rechtfertigen, während die Planung der unterirdischen Autostrasse weiterhin voranschreitet?
5. In der Beantwortung der im Landrat BL eingereichten Interpellation Csontos (2021/90) schreibt die Regierung BL: „Geplant ist der Zubringer als kantonale Hauptverkehrsstrasse (2x1 Fahrsteifen, im Gegenverkehr) und nicht als Hochleistungsstrasse, respektive Autobahn.“ Auch die Regierung BS spricht in der Erstbeantwortung der Motion Mathys (Nr. 19.5447.02) von einer zweispurigen Hauptverkehrsstrasse. Da der „ZUBA“ offenbar also nicht als Hochleistungsstrasse geplant wird, und in basel-städtischem Gebiet sein wird, greift der USG Art. 13 Abs 2 Art. b): „[Der Kanton und die Gemeinden Bettingen und Riehen sorgen dafür, dass] b) die Gesamtverkehrsleistung des privaten Motorfahrzeugverkehrs auf Kantonsgebiet ausserhalb von Hochleistungsstrassen auch bei einem Wachstum der Wohnbevölkerung und einem Anstieg der Beschäftigtenzahl nicht zunimmt;“ Wie plant die Regierung, mit dem Bau der neuen Hauptverkehrsstrasse diese Vorgabe einzuhalten?
6. Der Ausbaustopp der Buslinie 64 bildet ein Hindernis, um das Ziel von keinem Mehrverkehr zu erreichen. Ist die Regierung bereit, ihren Entscheid zu überdenken?
7. In der Erstbeantwortung der Motion Vitelli (Nr. 19.5446.02) argumentiert die Regierung, dass eine gleichzeitige Umsetzung von flankierenden Massnahmen, wie sie auch von der Motion Mathys (Nr.

19.5447.02) gefordert werden, aufgrund der Nachfragezunahme und des Nachfrageaufkommens des MIV nicht umgesetzt werden kann. Sie schreibt: „Da erst mit Inbetriebnahme des ZUBA die entsprechenden Verkehrskapazitäten in Basel West frei werden und damit der Raum für Massnahmen zugunsten des Bus-, Tram- und Veloverkehrs zur Verfügung steht, ist eine Abstimmung der Projekte und ihrer Wirkungen aufeinander zwar wesentlich, jedoch eine gleichzeitige Realisierung bzw. Inbetriebnahme nur teilweise möglich.“ Mit den im USG §13 festgehaltenen neuen Grundsätzen müsste diese Aussage revidiert werden. Statt durch Strassenausbau für den MIV Kapazitäten für umweltfreundliche Verkehrsmittel zu schaffen, sollte durch eine Förderung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel die Nachfrage nach dem Strassenausbau gesenkt werden. Genau um diese Nachfrage zu reduzieren, fordert die Motion Vitelli eine Priorisierung des Bachgraben-Trams. Wurde die Prioritätensetzung nun überdenkt?

8. Die Absichtserklärungen gelten nur, wenn der Landrat und der Grosse Rat den Finanzbeschlüssen zustimmt. Während für den Landrat schon bekannt ist, wann und in welcher Form das Geschäft in den Landrat kommt, ist das Vorgehen in Basel-Stadt noch unklar. Der Landrat wird gemäss der Baselbieter Regierung schon im vierten Quartal dieses Jahres über die Genehmigung des generellen Projekts und die Ausgabenbewilligung zur Projektierung des Bauprojekts abzustimmen. Wann und in welcher Form wird das Geschäft in den Grosse Rat kommen?
9. Das Strassenprojekt tangiert viele Anwohnende. Inwiefern und wann wird es Einsprachemöglichkeiten geben?
10. Wie ist das Projekt mit dem Pariser Klimaabkommen zu vereinbaren?

Raffaella Hanauer